

doku

The DGB logo is a red parallelogram with the letters 'DGB' in white, bold, sans-serif font.

DGB

Umdenken – Gegenlenken – die Krise bekämpfen

Aktivitäten des DGB
gegen die Finanz-
und Wirtschaftskrise

Impressum

Herausgeber:
DGB Bundesvorstand
Bereich Gesellschaftspolitik/Grundsatzfragen
Henriette-Herz-Platz 2
10178 Berlin
www.dgb.de
verantwortlich: Konrad Klingenburg
Stand: September 2009

Inhalt

1. Einleitung.....	Seite 4
2. Umdenken – Gegenlenken – die Krise bekämpfen	Seite 5
3. Ausblick	Seite 26
4. Veranstaltungen.....	Seite 31
5. Veröffentlichungen	Seite 45
6. Anlagen	Seite 49

1. Einleitung

Das wahre Ausmaß der aktuellen Weltwirtschafts- und Finanzkrise ist immer noch nicht vollständig abzu-
sehen. Sie bedroht Beschäftigte und ihre Familien. Die Arbeitslosigkeit steigt. Immer mehr Menschen
haben Angst um ihren Arbeitsplatz. Betroffen sind Hausbesitzer in den USA genauso wie Wanderarbeiter
in China oder Entwicklungsingenieure bei Opel in Rüsselsheim. Dagegen sind die Apologeten des Markt-
radikalismus in Instituten, Redaktionen und Vorstandsetagen, also die Verursacher der Krise, nicht in ihrer
Existenz bedroht.

Die Weltwirtschaftskrise kam weder überraschend noch zufällig, sie ist kein Naturereignis sondern Ergeb-
nis einer Ideologie. Die Krise der Finanzmärkte ist die Krise des Marktradikalismus, die Marktgläubigkeit
die Todsünde des Kapitalismus. Mehr vagabundierendes Kapital hat nach Anlageoptionen gesucht, dabei
ist Manchen jedes Maß verloren gegangen.

Die Apologeten des Brutalkapitalismus haben auf ungezügelter Märkte und die Privatisierung sowie Dere-
gulierung von Wirtschaft und Gesellschaft gesetzt. Viele in Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Medien
waren dabei – heute will es keiner gewesen sein. Das werden wir Gewerkschaften nicht akzeptieren.
Auch wenn wir beobachten müssen, dass viele Verursacher munter weiter machen.

Dennoch gilt: Wir haben am 15. September 2008, dem Tag des Zusammenbruchs von Lehmann Brothers,
einen Epochenbruch erlebt. Einige in Wirtschaft und Politik als nahezu unumstößlich geltende Glaubens-
sätze haben sich als Irrlehren erwiesen – mit katastrophalen Auswirkungen für die Menschen in allen
Teilen der Welt.

Im Folgenden sind die nationalen, europäischen und internationalen Aktivitäten des DGB und seiner
Mitgliedsgewerkschaften im Kontext der Finanz- und Wirtschaftskrise aufgelistet – ohne den Anspruch
auf Vollständigkeit. Denn diese Zusammenstellung kann nur ein Ausschnitt vieler, vieler Bemühungen
sein. Sie konzentriert sich auf die Politik, denn dafür ist der Dachverband zuständig. Betriebliche Initiati-
ven sind ausgeblendet. Ein besonderer Schwerpunkt liegt auf der Schilderung der Aktivitäten in den inter-
nationalen Gewerkschaftszusammenhängen. Die Aufstellung zeigt, dass die Gewerkschaften in den ver-
gangenen Jahren viel geleistet haben – im Interesse der Menschen, die diese zwar Krise nicht verursacht,
sehr wohl aber unter ihren Auswirkungen zu leiden haben.

2. Umdenken – Gegenlenken – die Krise bekämpfen

Der DGB in Person seines Vorsitzenden Michael Sommer hat früh – im Jahre 2006 – auf Gefahren des Casinokapitalismus hingewiesen und Vorschläge zur Regulierung der internationalen Finanzmärkte gemacht (Hans-Joachim Voth 2007).

Auszug aus der Grundsatzrede von Michael Sommer auf dem DGB-Kongress im Mai 2006

„...Was haben Siemens, AEG, Conti, CNH, Telekom, die deutschen Banken, der öffentliche Dienst der Länder, die Baubranche oder die Versicherungen gemein? Dort ging und geht die Angst um: Angst vor Schließung, Angst vor Stellenabbau, Angst vor Lohnkürzung, Angst vor Arbeitslosigkeit. ...

Natürlich fühlen sich viele Menschen machtlos, und dieses elende Gefühl wird noch dadurch verstärkt, dass sie von Grohe bis zur Deutschen Börse erleben müssen, wie internationale Finanzspekulant*innen versuchen, ihnen ihre Lebensgrundlage zu zerstören.

Dennoch: Die Menschen sind nicht mehr bereit, das widerspruchslos über sich ergehen zu lassen, Kolleginnen und Kollegen. Von LG Philipps in Aachen, Gate Gourmet in Düsseldorf über die AEG in Nürnberg bis hin zu Orenstein & Koppel hier in Berlin-Spandau wehren sie sich - und das ist gut so, Kolleginnen und Kollegen. Sie erwarten von ihren Gewerkschaften, dass sie, die Gewerkschaften, den Kampf anführen, dass sie Antworten finden auf die neuen Herausforderungen eines sich immer brutaler gebärdenden Kapitalismus.

Es ist übrigens auch nicht so, als ob nur wir in Deutschland betroffen wären. So segensreich ist das Wirken deutscher Konzerne und Investmentbanken im Ausland für die dort arbeitenden Menschen nun wirklich auch nicht immer. Auch das sollte man sagen. ... Der Kampf gegen das negative Wirken der internationalen Finanzinvestoren, der Hedgefonds und Rating-Agenturen wird nicht einfach. Und ich sage auch: Er kann nicht allein national geführt werden. Aber wir können ihn gewinnen. Das heißt zu allererst, dass wir nicht alles als gottgegeben hinnehmen. Dazu gehört, dass wir den Kampf auch moralisch aufnehmen. Deshalb ist und bleibt es richtig, die Würde der arbeitenden Menschen auch in der Arbeitswelt zu verteidigen und die Menschenwürde gegen die scheinbare Rationalität ökonomischer Macht zu setzen. Und wir dürfen nicht nur über die "Heuschrecken" lamentieren, Kolleginnen und Kollegen, wir müssen auch etwas gegen sie tun.

Vor allem aber sollten wir auch einmal ein paar Verantwortlichkeiten benennen. Denn es ist ja nicht so, als ob es nicht klare politische Fehlentscheidungen gegeben hätte, die auch in unserem Land die "Heuschrecken" aufgepäppelt haben. Ich erinnere nur an die nach wie vor vorhandene Steuerfreiheit für Veräußerungsgewinne oder die Kapitalmarktgesetzgebung des Jahres 2003, in der die letzten Barrieren gegen Hedgefonds beseitigt wurden. ...

Deshalb müssen wir dafür kämpfen, dass endlich wieder der Primat der Politik durchgesetzt wird.

Wir brauchen national und international eine Gesetzgebung, die das ungebrems*te und ungehemmte Treiben der internationalen Finanzmärkte reguliert und wenigstens einige Spielregeln wieder einführt, die man in den meisten zivilisierten Staaten dieser Erde kennt. Selbst in den von uns nicht immer als Vorbild

angesehenen USA genießt das Kapital bei weitem nicht solche Freiheiten wie hier in Deutschland und in Europa, Kolleginnen und Kollegen.“

http://www.dgb.de/themen/archiv/kongress2006/reden/statements/grundsatzrede_sommer.htm/

Unter dem Titel **„Transparenz und Fairness auf einem einheitlichen europäischen Kapitalmarkt“** hat die Hans-Böckler-Stiftung im Jahr 2007 ein Gutachten von Prof. Hans-Joachim Voth vorgelegt, in dem Handlungsmöglichkeiten zur Regulierung auf europäischer Ebene untersucht werden. Eine Kernbotschaft darin lautet: „Die Geschwindigkeit, mit der gerade der Finanzsektor Innovationen hervorbringt, ist eindrucksvoll. Regulierung mit Augenmaß darf jedoch nicht die Gefahren unterschätzen, bis diese durch eine Krise eindrucksvoll sichtbar sind.“

(Quelle:

http://www.kapitalismuskongress.dgb.de/materialien/dokumente/gutachten_voth_finanzmarktregulierung.pdf/)

Seit September 2008 ist die Krise da, Regulierung eher mit Nachdruck denn mit Augenmaß nötiger denn je, der DGB und seine Gewerkschaften haben viel getan, um darauf hinzuwirken.

2.1 Nationale Aktivitäten

Für uns Gewerkschaften kommen die Menschen vor den Märkten. Wir lassen niemanden in der Krise allein. Unser erstes Ziel ist es Entlassungen zu verhindern. Dabei brauchen wir die Unterstützung der Politik – und in vielen Fällen haben wir sie für unsere konstruktiven Vorschläge bekommen. Doch wir sagen auch: Viele Unternehmen und Arbeitgeber haben in den vergangenen Jahren gut verdient. Jetzt ist es an ihnen, Solidarität mit ihren Beschäftigten zu zeigen und denen etwas für ihre gute Arbeit, die Gewinne erst ermöglicht hat, zurückzugeben.

Der DGB weiß um die Verantwortung der Gewerkschaften in der aktuellen Situation. Wir verschließen uns konstruktiven Lösungen nicht. Doch auch die Politik muss alle Mittel nutzen, um Beschäftigung zu sichern und die Qualifizierung der Kolleginnen und Kollegen zu fördern.

Von diesen Grundlagen ausgehend ist es in den vergangenen Monaten gelungen, unsere eigenen Themen zu setzen. Das prominenteste Beispiel dürfte die „Abwrackprämie“ sein, für die die IG Metall das internationale copyright besitzt. Natürlich bestanden aber viele Aktivitäten in der üblichen, gewohnten Begleitung der Gesetzgebung.

2.1.1 Wirtschafts- und Finanzpolitik

Auszug aus der Grundsatzrede von Michael Sommer auf dem 18. Ordentlichen Bundeskongress 2006:

Regulierung Finanzmärkte

„Deshalb schlage ich der deutschen Bundesregierung und den europäischen Institutionen vor, endlich konkret politisch zu handeln.

1. Wir brauchen eine Börsenumsatzsteuer, wie sie zum Beispiel in London, dem größten Finanzplatz in Europa, obligatorisch ist. Nicht nur, dass sie dem Staat dringend benötigte zusätzliche Einnahmen bringen könnte - das sind derzeit 26 bis 27 Milliarden Euro, um nur einmal die Größenordnung zu nennen; ... Diese Börsenumsatzsteuer hätte auch eine steuernde Wirkung: Sie würde kurzfristige Kapitalbewegungen verteuern und zu einem langfristigen strategischen Engagement mit realistischen Renditevorstellungen ermutigen.
2. Ich fordere die Beschränkung der Stimmrechte von Aktionären, die sich nur kurzfristig in Unternehmen einkaufen, um sie auszuweichen. Es wäre durchaus denkbar, Stimmrechte an gewisse Haltezeiten zu binden.
3. Auch sollte klarer sein, wer Aktien kauft, besitzt und was er oder sie dann damit macht. Unser System leidet unter mangelnder Transparenz und fehlenden Kontrollmöglichkeiten,
4. Die so genannten Aktien-Options-Programme für Manager haben sich nicht als sinnvoll erwiesen. Sie haben nicht zur Stärkung des Verantwortungsbewusstseins der Manager für ihre Unternehmen und deren langfristiges Wohlergehen beigetragen. Da ja bekanntlich perverserweise die Aktienkurse steigen, wenn die Zahl der Arbeitsplätze sinkt, sind diese Bezahlungsinstrumente für Manager für mich mehr als fragwürdig, Kolleginnen und Kollegen.
5. Es sollte verboten sein, den Kaufpreis als Schulden auf das übernommene Unternehmen zu übertragen; denn dabei geht es um nichts anderes, als Belegschaften auszubluten und Eigenkapital zu zerstören.
6. Die Steuerfreiheit für Veräußerungsgewinne muss weg, Kolleginnen und Kollegen.
7. Wir brauchen eine verstärkte Wettbewerbs- und Fusionskontrolle in Europa.
8. Wir brauchen eine europäische Rating-Agentur, die den Wert unserer Unternehmen nicht allein nach den Shareholder-Value-Vorstellungen anglo-amerikanischer Hedgefonds beurteilt.
9. Wir brauchen insgesamt eine Stärkung der Regulierungsmöglichkeiten internationaler Institutionen, bei der auch der Wert der menschlichen Arbeit Ausgangspunkt und Maßstab ist.

Die Internationale Arbeitsorganisation, die Weltbank, die Welthandelsorganisation und der Internationale Währungsfonds müssen endlich politisch an die Kette gelegt werden und zu Institutionen einer sozialen Regulierung der Weltwirtschaft ausgebaut werden, Kolleginnen und Kollegen. ...“

Vollständig abrufbar unter:

http://www.dgb.de/themen/archiv/kongress2006/reden/statements/grundsatzrede_sommer.html/

- Vorlage eines von der Hans-Böckler-Stiftung in Auftrag gegebenem Gutachtens von Prof. Hans-Joachim Voth mit dem Titel „Transparenz und Fairness auf einem einheitlichen europäischen Kapitalmarkt“ (2007)
http://www.kapitalismuskongress.dgb.de/materialien/dokumente/gutachten_voth_finanzmarktregulierung.pdf/
- mehrfach und laufend Bewertung der Maßnahmen und geplanten Vorhaben der G8 bzw. G20, der EU-Kommission und der Bundesregierung zur Regulierung der Finanzmärkte
- Mitarbeit in einer Kommission des SPD-Parteivorstandes zur Regulierung der Finanzmärkte
- Entwicklung eines Modells zur Einrichtung von Bad Banks

Rettungsschirm für Betriebe und Banken

- regelmäßige Berichterstattung und Einschätzung des Krisenverlaufs durch den Bereich Wirtschafts- und Steuerpolitik (wis) des DGB-Bundesvorstandes
- Makroökonomischer Dialog auf nationaler, technischer und politischer Ebene
- wiederholt Teilnahme als Sachverständige an öffentlichen Anhörungen im Bundestag und mehreren Landtagen

Konjunkturprogramme

- Forderung eines Konjunkturprogramms in Höhe von 1% des BIP schon im Mai/Juni 2008 (als erster Verband bundesweit)
- Forderung nach einem Konjunkturprogramm in Höhe von 3% des BIP schon im September/Okttober 2008 (als erster Verband europaweit)
- Entwicklung eines ersten Konjunkturprogramms im Herbst 2008
- Entwicklung eines zweiten sehr detaillierten Konjunkturprogramms im Frühjahr 2009
- Bewertung der Konjunkturpakete der Bundesregierung
<http://www.konjunkturpaket.de/Webs/KP/DE/Homepage/home.html>

Industriepolitik

- Erfolgsmodell und Exportschlager: Abwrackprämie
- Vielfältige regionale Aktivitäten
- IG Metall und IG BCE fordern nachhaltige Kurskorrektur, Erklärung Oberhausen 26. Juni 2009
http://www.igbce.de/portal/site/igbce/XIII_32_erklaerung_industriepolitik/

Steuerpolitik

- Vorlage von Eckpunkten für eigenes Konzept des DGB im Juli 2009

Schuldenbremse

- zunächst intensive Begleitung der Arbeit der Föderalismuskommission II
- Organisation von Aufrufen und Koordinierung von regionalen Aktivitäten gegen die Schuldenbremse im Frühjahr/Sommer 2009
- Vorlage eines Flyers „Stoppt die Schuldenbremse!“
(http://www.dgb.de/themen/themen_a_z/abisz_doks/s/schuldenbremse_standpunkt.pdf/)

2.1.2 Arbeitsmarktpolitik

- Wir haben die Verlängerung des Kurzarbeitergeldes auf 24 Monate gefordert, die dann von der Bundesregierung zügig umgesetzt wurde. Sie ist trotz mancher Qualifizierungsdefizite und Missbrauchsmeldungen als großer Erfolg anzusehen.
- Gewerkschaften haben den gesamten Hartz IV-Komplex (Absicherung bei Arbeitslosigkeit, Rahmenfrist u. a.) und die Rente zu Themen in der Krisenbewältigungsdebatte der Koalition gemacht.
- Wir haben wiederholt Vorstöße zur Erhöhung des Schonvermögens gemacht, die von verschiedenen Parteien aufgegriffen wurden.
- Wir haben Initiativen zur Verlängerung der Altersteilzeit, die vom Bundesarbeitsministerium aufgegriffen wurden, gestartet
- Wir haben den Vorschlag gemacht, beim Krankenkassenbeitrag auf die Abschaffung des Sonderbeitrags für Versicherte (0,9 Beitragssatzpunkte) hinzuwirken – herausgekommen ist eine generelle Absenkung um 0,6 auf 14,9 %.
- Wir haben Hinweis auf die Situation erwerbstätiger Frauen in der aktuellen Krise gegeben.

2.1.3 Ausbildung

Der DGB hat einen wirksamen „Schutzschirm für Ausbildungsplätze“ vorgeschlagen, um für mehr und bessere Ausbildung in der Krise sorgen zu können. Unsere Überzeugung ist: Auszubildende dürfen nicht zu den Verlieren der Krise werden. Mehr Qualifizierung und Ausbildung helfen die Krise zu bewältigen und können Arbeitslosigkeit vermeiden. Auch in Krisenzeiten muss die Ausbildung junger Menschen oberste Priorität haben.

Der DGB schlägt folgende Maßnahmen vor:

Kurzfristig:

- Gute Ausbildung auch bei Insolvenz absichern – Übernahmeprämie einführen
- Ausbildungskapazitäten stärken – Branchenfonds einführen
- Gute Ausbildung auch bei Kurzarbeit sichern

- Ausbildende Unternehmen unterstützen - leichtere Kredite für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) ermöglichen
- Gebühren der Kammern abschaffen
- Jugendliche besser fördern – Ausbildungsbegleitende Hilfen, sozialpädagogische Begleitung und externes Ausbildungsmanagement ausbauen
- Schutzbestimmungen für Auszubildende sichern
- Azubis übernehmen – tarifliche Vereinbarungen ausbauen
- Jugendlichen mit Migrationshintergrund unterstützen – Integrationspaket schnüren

Mittelfristig:

- Gute Ausbildung sichern – Qualität der dualen Berufsausbildung systematisch ausbauen
- Das Übergangssystem abbauen
- Jugendlichen bei der Berufswahl helfen – Berufsorientierung systematisieren
- Unterstützung für benachteiligte Jugendliche verstärken – Berufseinstiegsbegleitung erweitern und verstetigen

In diesem Kontext haben wir auch wiederholt auf den drohenden Fachkräftebedarf hingewiesen – ein weiteres Argument dafür, schon heute mit dem Ausbilden für nach der Krise zu beginnen.

Außerdem wurde die Krise in vielen **Technologieberatungsstellen** thematisiert, die länderspezifische Materialien unterschiedlichen Zuschnitts entwickelt haben

- Infobriefe zur Krisenbegleitung
- Texte zu Kurzarbeit, Qualifizierung und Mitbestimmung, o. ä..
 - Vieles muss bereits nachgedruckt werden
 - BTQ Kassel: Infobriefe zur Arbeitszeitgestaltung, Qualifizierung in der Kurzarbeit oder eine Broschüre zu Weiterbildungsmöglichkeiten
- Die TBS Rheinland-Pfalz hat auch im Rahmen des Soforthilfeprogramms der Landesregierung ein Schnellinformationsprojekt gestartet, das durch telefonische Abfragen bei den Betriebsräten die Auftrags- und Personalsituation ermittelt

Zudem wurden Seminare zum Thema „Wege aus der Krise“ durchgeführt.

- Beispiele aus der TBS Hessen:
 - "Aktiv in der Krise - Möglichkeiten zur mittel - und langfristigen Stabilisierung"
 - "In der Krise mitarbeiterorientiert handeln und Beschäftigung sichern"
 - Innovationen und Beschäftigungssicherung - § 92 a BetrVG"
 - "Betriebsräte analysieren Zukunftspotenziale", etc.

- Berlin: GIBs der IGM (kooperiert mit der TBS Berlin-Brandenburg):
- Innovationsgespräche als Veranstaltungsreihe zu den Fragen
- "Kapazitätsabbau droht - was tun?" oder "Neue Produktionssysteme - Motor des Aufschwungs?"

2.1.4 Verbraucherpolitik

Der DGB fordert einen besseren Verbraucherschutz am Finanzmarkt. Folgerichtig haben wir kurz nach dem Zusammenbruch von Lehmann Brothers am 15.09.08 auf die fehlende Regulierung am Finanzmarkt und den nicht ausreichenden Verbraucherschutz hingewiesen. Viele Fragen sind allerdings noch unbeantwortet: Wer beaufsichtigt die Finanzprodukte? Wie steht es um einen TÜV für Finanzprodukte und die Rolle der BaFin? Wie reguliert man den Grauen Kapitalmarkt? Was ist mit Qualifikationsanforderungen für Finanzvermittler?

Dank unseres Drängens sieht auch die große Koalition insbesondere beim Grauen Kapitalmarkt mittlerweile Handlungsbedarf. Dieser Bereich ist vollkommen unreguliert und unkontrolliert. Nach Schätzungen der Stiftung Warentest verlieren Verbraucher in Deutschland am Grauen Kapitalmarkt jährlich bis zu 30 Milliarden Euro.

Eine Übersicht über diese und viele andere Aktivitäten findet sich auf



- **der DGB-Homepage in einem Special**
<http://www.dgb.de/uebersicht/Wirtschaft/finanzkrise/index.html?-C=>
- **dem „debatte“ Blog des DGB**
<http://dgbdebatte.blogspot.com/>
- **der Webseite zum Kapitalismuskongress**
<http://www.kapitalismuskongress.dgb.de>

2.1.5 Aktivitäten der Mitgliedsgewerkschaften – eine Auswahl

IG BAU

Diverse Pressemeldungen auf der Homepage unter Politik/Themen: Arbeit und Wirtschaft u. a. auch ein Hinweis auf den DGB-Kapitalismuskongress.

Auszug aus dem Grundsatzreferat vom IG BAU-Vorsitzenden Klaus WieseHügel auf dem 20. IG BAU-Gewerkschaftstag im September 2009:

„Nur mit einem radikalen Umdenken hätten Demokratien wirklich die Chance, die Finanz- und Wirtschaftskrise zu überwinden. „Die Ideologie der grenzenlosen Gewinnmaximierung hat ihren Kollaps erreicht“ ... „Wir wollen keine Versprechungen mehr, wir wollen Taten sehen“

http://www.igbau.de/db/v2/download.pl/090916_GTAG20_KW_Grundsatzreferat.pdf

IG BCE

Eigene **EntschlieÙung** verabschiedet: **Banken retten reicht nicht**

Der Beirat der IG BCE hat in seiner Sitzung in Hannover (25. Mai 2009) eine EntschlieÙung zur Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik verabschiedet. Darin fordert die IG BCE die Politik zu raschem Handeln auf. Es genüge nicht, Banken zu retten und die Finanzmärkte zu stabilisieren. Ab sofort müssten die unverschuldeten Probleme der Realwirtschaft im Zentrum staatlicher Krisenbekämpfung stehen. Andernfalls drohe die Gefahr, dass der ökonomische Kern unseres Landes beschädigt werde. Direktlink zum Papier:

http://www.igbce.de/portal/binary/com.epicentric.contentmanagement.servlet.ContentDeliveryServlet/site_www.igbce.de/static_files/PDF-

[Dokumente/Betriebsraete/Betriebsratspraxis/715506ed295197b5b78d746d35bf21ca.pdf](http://www.igbce.de/portal/binary/com.epicentric.contentmanagement.servlet.ContentDeliveryServlet/site_www.igbce.de/static_files/PDF-Dokumente/Betriebsraete/Betriebsratspraxis/715506ed295197b5b78d746d35bf21ca.pdf)

- IGBCE „Wirtschaftsinfo“: <http://www.igbce.de/portal/site/igbce/wirtschaftspolitik/>
- Desweiteren bietet die IG BCE Betriebsräten und Mitgliedern ein internes Portal mit Materialien zur Finanz- und Wirtschaftskrise an, Login nur mit Mitgliedsnummer möglich.

GEW

Beschlüsse des zurückliegenden Gewerkschaftstages vom 25.-29. April 2009

http://www.gew-gewerkschaftstag.de/Beschluesse_5.html

u. a. „Gute Bildung für alle ist möglich“

IG Metall

Zum G20-Gipfel: Finanzmärkte wirksam regulieren

http://www.igmetall.de/cps/rde/xchg/SID-0A456501-3C448059/internet/style.xsl/view_2050.htm

Mehr dazu auch in der „Wirtschaft aktuell“ der IG-Metall

http://www.igmetall.de/cps/rde/xbcr/internet/wirtschaft_aktuell_17_2009_G20_finanzmarktregulierung_0151408.pdf

Aktionsplan der IG-Metall zur Krisenbewältigung „Aktiv aus der Krise“ / März 2009

Direktlink zum Dokument:

http://www.igmetall.de/cps/rde/xbcr/internet/docs_ig_metall_xcms_143743_2.pdf

- Die IG-Metall bietet weiterführende Infos zur Krise mit Pressemitteilungen etc. unter der Rubrik „Arbeit“ (hier ist auch der **DGB-Blog** „Debatte“ verlinkt)
http://www.igmetall.de/cps/rde/xchg/internet/style.xsl/view_334.htm
- Der FB Frauen- und Gleichstellungspolitik der IG-Metall veröffentlichte eine "[Handlungshilfe für eine geschlechtergerechte Krisenbewältigung](#)". Darin werden insbesondere konjunkturpolitische Maßnahmen unter die geschlechterrelevante Lupe genommen und betriebliche Fragen und Handlungsoptionen mit dem Ziel der Beschäftigungssicherung von Frauen und Männern, gezielt für die Metall- und Elektroindustrie, aufgezeigt und diskutiert. Ein weiteres Kapitel widmet sich der Frage der Auswirkungen der Krise auf die Sozialversicherung. <http://www.dgb-frauen.de/themen/dokumente/handlungshilfe-ig-metall.pdf>

NGG

Beteiligung am Aktionstag am 12. September 2009

Bei zahlreichen und vielfältigen Aktionen von Gewerkschaften und Sozialverbänden haben am 12. September 2009 bundesweit viele Menschen Flagge gezeigt „für eine andere Politik, gegen Armut und für einen gesetzlichen Mindestlohn“.

http://www.ngg.net/themen_von_a_bis_z/mindestlohn/aktionstag/

Diverse Pressemeldungen auf der Homepage unter Themen von A-Z: Finanzkrise: u. a. auch ein Hinweis auf den Kapitalismuskongress, letzte Aktualisierung ist ein Hinweis auf den Krisengipfel am 9.6.2009 im Kanzleramt

http://www.ngg.net/themen_von_a_bis_z/finanzkrise/

Gewerkschaft der Polizei

22.07.09, Konrad Freiberg in einem Kommentar für die Zeitung „Deutsche Polizei“ (erscheint am 1. August 2009) „GdP befürchtet Kollaps der inneren Sicherheit“:

http://www.gdp.de/gdp/gdp.nsf/id/DE_Zur_Finanz-_und_Wirtschaftskrise_Was_kommt_auf_uns_zu?open&l=DE&ccm=100070

... „Wir, die Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes, werden für die gewaltigen Folgekosten der Finanzkrise aufkommen müssen. Und die Leute, die sie verursacht haben, kommen davon. Man wirft ihnen noch Geld hinterher. Es geht um soziale Gerechtigkeit und um Verteilungsgerechtigkeit. Danach müssen die Politiker vor der Wahl gefragt werden.“ ...

TRANSNET

Positionspapier zur Finanz- und Wirtschaftskrise

http://www.transnet.org/Home09/09_04_28_Finanzkrise/File.pdf

28.04.2009, Finanzkrise: Drittes Konjunkturpaket gefordert – fünf Milliarden für die Schiene nötig

TRANSNET verlangt angesichts der weltweiten Finanzkrise ein drittes Konjunkturpaket.

Nach Auffassung der Gewerkschaft reichen die bisherigen Maßnahmen nicht aus. Insbesondere müssten nun Sicherung und Ausbau von Arbeitsplätzen im Mittelpunkt stehen. Fünf Milliarden Euro seien nötig, um rund 250.000 Arbeitsplätze im Bereich der Schiene zu erhalten.

22.09.2009, **Situation im Güterverkehr bedrohlich – System Schiene nicht schwächen**

http://www.transnet.org/Home09/09_09_22_Gueterverkehr/

Ver.di

Portal zur Finanzmarktkrise ist erreichbar unter:

http://www.verdi.de/politik_von_a_bis_z/finanzmarktkrise

24.09.2009, **Pressemitteilung: G20-Gipfel muss Finanzmärkte wirksam zügeln**

<http://presse.verdi.de/pressemitteilungen/showNews?id=7d8b4e92-a8f3-11de-446e-0019b9e321e1>

Desweiteren hat ver.di am 20.04.2009 ein **eigenes Konjunkturprogramm** vorgelegt
Abrufbar als pdf

Kurzfassung:

http://sechzehnter-mai.verdi.de/konjunkturprogramm_iii/data/konjunkturprogramm_iii-ku.pdf

Langfassung:

http://sechzehnter-mai.verdi.de/konjunkturprogramm_iii/data/konjunkturpaket_iii-langf.pdf

ver.di fordert Konjunkturprogramm III: Sozialökologisch umsteuern - solidarisch finanzieren
ver.di hat am 20. April 2009 Vorschläge für ein Konjunkturprogramm III im Umfang von hundert Milliarden Euro jährlich bis 2011 in Berlin vorgestellt. Die bisher ergriffenen Maßnahmen der Bundesregierung würden der Dimension der wirtschaftlichen Krise «in keinsten Weise gerecht», sagte der ver.di- Vorsitzende Frank Bsirske. Zur Finanzierung weiterer Maßnahmen schlägt er unter anderem vor, die Vermögenssteuer wieder einzuführen und die Erbschaftsteuer zu reformieren.

ver.di fordert weitere Schritte gegen die Finanz- und Wirtschaftskrise

Zukunftsinvestitionen mit 40 Milliarden Euro, stärker regulierte Finanzmärkte, eine sozial gerechte Politik, Leistung nur bei Gegenleistung und deutlich benannte Krisenursachen fordern angesichts der gegenwärtigen Finanz- und Wirtschaftskrise der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske und das zuständige Bundesvorstandsmitglied Uwe Foullong in einem Brief an die Mitglieder im Finanzdienstleistungsbereich.

ver.di „extra“ zur Finanzmarktkrise:

http://www.verdi.de/politik_von_a_bis_z/finanzmarktkrise/data/flugblatt_finanzmarktkris.pdf

2.2 Europäische und internationale Aktivitäten

Dem DGB und den Gewerkschaften ist bewusst, dass es keine ausschließlich nationalen Lösungen für die Krise gibt, denn ihre Ursachen und Auswirkungen sind global. Deswegen arbeiten wir eng mit den internationalen und europäischen Gewerkschaftsbünden zusammen. Uns einen unsere gemeinsamen Werte Freiheit, Solidarität, Gleichheit und Gerechtigkeit. Wir wollen, dass sie wieder Priorität vor den Werten erhalten, die an der Börse gehandelt werden.

2.2.1 Europäische Aktivitäten

Der Bereich Europa des DGB-Bundesvorstandes hat innerhalb des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB) an mehreren Erklärungen aktiv mitgewirkt. Hierzu zählen u. a.:

- **Reforming the budget, changing Europe (März 2008)**
Anlässlich einer Konsultation zum Haushalt der Europäischen Kommission für die Jahre 2008-2009 macht der EGB deutlich, wie dieser im Sinne einer konjunkturstabilisierenden Wirkung eingesetzt werden müsse.
- **Time to act together (Juni 2008)**
Aufruf an die Regierungen und die EU ihre Anstrengungen zu verstärken, um die Wirtschaft zu stabilisieren und Wachstum zu fördern. Neben der Forderung nach einer „Intelligenten Wachstumsinitiative“ wird in dieser Resolution eingehend beschrieben, warum monetäre Politiken allein den Abschwung nicht aufhalten können.
- **The London Declaration: A call for fairness and tough action (September 2008)**
Die Gewerkschaftsvorsitzenden aus ganz Europa kamen am 27. September 2008 in London zusammen und einigten sich auf eine gemeinsame Erklärung über die Ursachen und die daraus resultierenden Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise.
- **EGB Resolution für ein starkes europäisches Konjunkturprogramm (Dezember 2008)**
Der EGB fordert ein starkes europäisches Konjunkturprogramm. Die Resolution unterstreicht die Notwendigkeit einer starken öffentlichen Hand und einer gemeinsamen europäischen Koordinierung.
- **Urgently wanted: European leadership to fight the new depression (März 2009)**
Die Erklärung der EGB-Exekutive richtete sich an die Staats- und Regierungschefs, die im März 2009 auf ihrem Frühjahrsgipfel über die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise berieten.
- **Paris Declaration (Mai 2009)**
Anlässlich der EGB-Halbzeitkonferenz wurde eine gemeinsame Erklärung zur Wirtschafts- und Finanzkrise verabschiedet. Diese nimmt im wesentlichen auf die bereits in der Londoner Erklärung formulierte Analyse Bezug und bekräftigt die gewerkschaftlichen Forderungen nach einem koordinierten europäischen Handeln, um die Konjunktur zu stabilisieren. Überdies wird eine umfangreiche europäische Regulierung gefordert, damit sich eine derartige Krise nicht wiederholen kann.

http://www.etuc.org/IMG/pdf_The_Paris_Declaration_FINAL_DE.pdf

Welche Richtlinien wurden begleitet?

Das Europäische Parlament hat in der ablaufenden Legislaturperiode bereits einige Pakete zur Finanzmarktregulierung auf den Weg gebracht. Die Richtlinien wurden vom DGB-Büro Brüssel und vom Bereich Europa des DGB-Bundesvorstandes begleitet.

Einlagensicherung

Mitentscheidungsverfahren, Verfahren ist abgeschlossen

- In zwei Stufen wird die Mindestsicherung von Spareinlagen von 20.000 Euro auf 100.000 Euro angehoben.

Zinssteuerrichtlinie

Konsultationsverfahren, Lesung im Rat steht noch aus

- Hier hat sich das EP für ein Ende der Übergangszeit für Belgien, Luxemburg und Österreich (Quellensteuer und Informationsaustausch als parallele Systeme) bis 2014 ausgesprochen. Eine Studie der KOM soll bis Ende Dezember 2010 die Vorteile/Nachteile der Quellenbesteuerung/ Informationsaustausch klären. Die Ergebnisse sollen dann in die nächste Revision 2011 einfließen. Der Informationsaustausch muss verbessert werden, damit u.a. schwarze Kassen besser aufgedeckt werden können.
- Ein Ende der Quellenbesteuerung ist erstrebenswert, da dies die Verhandlungsposition der EU gegenüber nicht EU-Staaten (Schweiz, Liechtenstein, etc.) verbessert. Die Abschaffung der Quellensteuer betrifft nicht die Besteuerung von Inländern (Deutschland kann also auch weiterhin eine Quellensteuer für Deutsche erheben). Davon abgesehen: die USA machen uns vor, dass mit genügend Druck der Informationsaustausch durchgesetzt werden kann. Dem sollte Europa nicht nachstehen. Es geht um zu viel Geld (hohe Milliardenbeträge an Steuerverlusten allein in Deutschland pro Jahr, die besser im Rahmen des Konjunkturpakets ausgegeben würden).
- Sozialdemokraten, Grüne und Linke forderten eine Ausweitung des Geltungsbereichs der Richtlinie, um alle Schlupflöcher zu schließen (privatnützige Stiftungen, Lebensversicherungen sowie neuartige Finanzprodukte zur Umgehung der Steuerpflicht müssen mit einbezogen werden). Dies wurde von der konservativ-liberalen Mehrheit im EP abgelehnt.

Solvency II

Mitentscheidungsverfahren, 1. Lesung EP (First Reading Agreement)

- Die Richtlinie regelt die Kapitalhinterlegung von Versicherungen. Dabei fließen alle unterschiedlichen Risiken der Versicherer in die Berechnungen ein. Ein professionelles Risikomanagement kann so für niedrigere Kosten sorgen. Die Implementierung der neuen Aufsichts- und Eigenkapitalregeln für Versicherungen ist bis 2012 geplant.
- Grenzüberschreitende Aufsichtskollegien (bestehend aus den betroffenen nationalen Aufsehern) sollen europaweit tätige Versicherungsgruppen überwachen. (De Larosière Bericht für die KOM schlägt eine Europäisierung vor; so dass die Kollegien wohl nur ein Zwischenschritt sind.)
- Die Aufseher der Tochterunternehmen sollen über die jeweilige nationale Kapitalausstattung der Versicherungsunternehmen entscheiden. Die übrigen Fragen werden im Kollegium geklärt, wo der Aufseher des Mutterunternehmens die Führung hat. Kann sich das Kollegium nicht einigen, wird der Fall vom zuständigen Level-3-Ausschuss der Versicherungsaufsichter (CEIOPS) behandelt. Dieser gibt

eine Empfehlung ab, die aber nicht bindend ist. Weicht der Aufseher des Mutterunternehmens von der Empfehlung ab, muss er dies begründen.

- Frankreich ist es gelungen, Ausnahmen für ihre Versicherungen bei langfristigen Pensionsgeschäften durchzusetzen. Hier kann das Aktienrisiko über mehrere Jahre berechnet werden. Diese Regelung soll 2015 überprüft werden. Hinweis: für Pensionsfonds in anderen EU-Ländern gelten die Solvency II Bestimmungen noch nicht.
- Nicht durchsetzen konnte sich das EP gegenüber dem Ministerrat mit der Forderung nach einer Gruppenunterstützung (dies soll 2015 ebenfalls wieder Thema werden). Spanier und neue EU-Mitgliedstaaten wollten keine Aufsichtskompetenzen abgeben. (Gruppenunterstützung bedeutet, dass Mutterkonzerne Garantien für Töchter abgeben und diese dann weniger Eigenkapital vorhalten müssen.)

Ratingagenturen

Mitentscheidungsverfahren, 1. Lesung EP (First Reading Agreement)

- Ratingagenturen sollen nicht mehr gleichzeitig beraten und bewerten dürfen.
- Es gilt sicherzustellen, dass von außen übernommene Ratings den EU-Standards entsprechen.
- Die Frage der Registrierung von Ratingagenturen war bis zum Schluss strittig. Nach den Vorstellungen des EP sollte dieses auf europäischer Ebene erfolgen, während die Mitgliedstaaten eine Registrierung durch ihre nationalen Behörden wollen. Am Ende stand ein Kompromiss. Der Ausschuss für Wertpapieraufseher wird nun die erste Anlaufstelle für Ratingagenturen sein. Die eigentliche Kontrolle bleibt jedoch Sache der nationalen Aufsichtsbehörden.
- Das EP hat sich für eine strenge Regelungskultur sowie eine europäische Ratingagentur ausgesprochen.
- Ratingagenturen müssen zukünftig darüber wachen, dass ein Mitarbeiter nicht länger als fünf Jahre dasselbe Unternehmen bewertet.
- Die Agenturen müssen ihre Modelle, Methoden und grundlegenden Annahmen veröffentlichen, auf die sie ihre Ratings stützen.
- Das EP beschloss umfangreiche Transparenzbestimmungen, so müssen die Agenturen u.a. auch ihre Kunden offenlegen, die mehr als fünf Prozent des Einkommens der Ratingagentur ausmachen.

Bewertung:

Die Regulierung der Ratingagenturen ist sowohl bei der Kommission als auch im Larosiére-Report als auch in einer Stellungnahme des EWSA sehr dünn. Im Gegensatz zu Hedge Fonds, die sich mittlerweile selbst abwickeln, haben Ratingagenturen eine massive, das System destabilisierende Machtstellung. Ihre Bewertungen bestimmen die Zinshöhe in Kreditkontrakten und damit Investitionschancen und Gewinnstrukturen bei Unternehmen. Ihre Beratungsgeschäfte sind für sie nahezu wie Goldgruben. Denn wer sich von ihnen

beraten lässt, hat bessere Aussichten auf eine bessere Bewertung, denn die Unternehmen so auf die Bewertungsmaßstäbe vorbereitet werden. Daher reicht eine alleinige Trennung von Beratungs- und Bewertungsfunktionen nicht aus, größerer Handlungsbedarf besteht weiterhin. Die Aufgabenstellung ist, diese Bewertungsdienstleistung, als ein öffentliches Gut für die Wirtschaft zur Verfügung zu stellen. Denkbar ist der Aufbau öffentlicher Ratingagenturen, die sowohl von Banken als auch von Unternehmen je zu Hälfte finanziert werden. Damit schafft man einheitliche Bewertungsmaßstäbe und Transparenz. Der Staat bekommt darüber hinaus immer Informationen über die Risikopotentiale in der Wirtschaft und kann sehr früh präventiv das Aufkommen von Instabilitäten bekämpfen. Private und oligopolistisch organisierte Ratingagenturen können ihre Macht trotz Regulierungen missbrauchen.

Eigenkapitalrichtlinie (Überarbeitung Basel II)

Mitentscheidungsverfahren, 1. Lesung EP (First Reading Agreement)

- Als Reaktion auf die Finanzmarktkrise sollten offenkundige Schwachstellen der bestehenden Richtlinien ausgebessert werden, bevor im Sommer 2009 eine grundlegende Überarbeitung ansteht. Im Mittelpunkt stehen unter anderem Kernkapitalregelungen, Großkredite, der Selbstbehalt bei verbrieften Krediten sowie Aufsichtsfragen.
- Um die Aufsicht zu verbessern sollen als erster Schritt Aufsichtskollegien eingerichtet werden. Das EP hat die KOM aufgefordert, bis zum 31. Dezember 2009 einen Vorschlag für eine weitergehende Aufsichtsintegration vorzulegen. Dies sollte mit Blick auf die Schaffung eines europaweiten Aufsichtssystems bis zum 31. Dezember 2011 geschehen.
- Umstritten war bis zum Schluss der Selbstbehalt bei Verbriefungen. Der Kompromiss sieht 5% vor. Im Konsultationsverfahren hatte die KOM bereits selber 15% vorgeschlagen, ist dann aber vor der Finanzindustrie in die Knie gegangen. Deutsche Abgeordnete aller Parteien (mit Ausnahme der FDP) haben ÄA in Plenum eingebracht. Die deutschen konservativen forderten 10%, die deutschen Sozialdemokraten und die Fraktion der Grünen 15% sowie die Fraktion der Linken 20%. Alle ÄA sind gescheitert. Pikant ist, dass Steinbrück im Rat dem Kompromiss zugestimmt hat, obwohl er und die SPD in Deutschland selber 20% fordern. Insiderinformationen zufolge, soll Deutschland im Rat keinen besonderen Druck gemacht haben, hier zu einem anderen Ergebnis zu gelangen. Das EP hat die KOM in einer Revisionsklausel aufgefordert, den Selbstbehalt bis Ende 2009 zu überprüfen und ggf. einen Vorschlag für eine Erhöhung vorzulegen.
- Problematisch ist zudem die Behandlung der stillen Einlagen als Kernkapital (wichtiges Refinanzierungsinstrument in Deutschland insbesondere bei den Landesbanken aber auch bei der gegenwärtigen Commerzbank-Sanierung). Nach dem jetzt abgestimmten Text, zählen stille Einlagen nicht mehr vollumfänglich zum bankenaufsichtlich genehmigungsfähigen Kernkapital. Auch hier hat die Bundesregierung im Rat keine Einwände gehabt und hat so eine Schwächung der Landesbanken billigend in Kauf genommen.

- Banken dürfen künftig nicht mehr als 25 Prozent ihres Eigenkapitals an einen Kunden oder eine Gruppe von Kunden abgeben. Die Überschreitung dieser Schwelle soll nur zwischen den Kreditinstituten selbst möglich sein und darf nicht mehr als 150 Mio. Euro betragen.

Ausblick:

In Sachen Hedgefonds und Private Equity-Fonds beabsichtigt die Kommission, dass sich deren Manager bei den Aufsichtsbehörden registrieren lassen, um eine Überwachung zu gewährleisten. Adressat der Regel sind Hedge Fonds, die mehr als 100 Millionen Euro verwalten, bei Private Equity-Fonds liegt die Schwelle bei 500 Millionen Euro.

Kurzbewertung der Reformvorschläge von Larosière zur EU-Finanzarchitektur

- Die Vorschläge beinhalten keinen großen Schritt nach vorne und versuchen den bestehenden Strukturen mit der Dominanz der nationalen Instanzen nicht so sehr zu schwächen.
- Kontrolle grenzüberschreitender Banken, Versicherungen und Wertpapierfirmen wird weiterhin national organisiert sein
- Lediglich werden nationale Aufsichtsbehörden aufgefordert sich in einem System der europäischen Aufsichtsbehörden auszutauschen, um einen quasi Erfahrungsaustausch vorzunehmen.
- In einem „European Systemic Risk Council“ sollen sich die nationalen Aufseher treffen und sich über die Gefahr der systemischen Risiken austauschen und gemeinsame Maßnahmen dagegen überlegen.
- Erst für die Zeit ab 2011 wird Ausbau der bereits bestehenden europäischen Ausschüsse der Aufseher von Banken (CEBS), von Wertpapierfirmen (CESR) und von Versicherungen (Ceiiops) zu europäischen Behörden mit ein paar mehr Kompetenzen als heute vorgesehen

Bewertung:

- Die Vorschläge bewegen sich im Rahmen der bestehenden nationalstaatlich organisierten Ordnung und schaffen keine zentrale europäische Aufsichtsbehörde
- Mehr als 70% der Bilanzsumme der europäischen Finanzinstitute werden von nur 43 größten und international operierenden Finanzgruppen gehalten. Sie selbst fordern, die unterschiedlichen Aufsichtsregeln und -praktiken in 27 Mitgliedstaaten zu vereinheitlichen. Eine zentrale und mit weitreichenden Befugnissen ausgestattete europäische Aufsichtsbehörde, in der nationalen Aufsichtsbehörden vertreten sind, wäre sinnvoll und wünschenswert. Sie schafft Transparenz und wirkt präventiv, wenn das Aufkommen von Risiken auf dem Finanzmarkt in einem Mitgliedstaat zu beobachten ist.
- Die Vorschläge werden den gegenwärtigen Anforderungen nicht gerecht und können daher das Gefahrenpotential der Finanzmärkte nicht bändigen.
- Auch im Zuge des Europawahlkampfes wurde auf die politischen Entscheidungsträger Einfluss genommen. Im Beschluss des DGB-Bundesvorstandes zu den Europawahlen vom 2. Dezember wurden

die zentralen europäischen Forderungen des DGB zur Bekämpfung der Wirtschafts- und Finanzkrise benannt. Mit der Publikation „Das soziale Europa wählen“ hat der Bereich Europapolitik zudem gewerkschaftlichen Multiplikatoren umfangreiches inhaltliches Material für die Wahlauseinandersetzung zur Verfügung gestellt. Der Fokus wurde klar und deutlich auf ein Europa gelegt, das durch eine vernünftige Sozial- und Wirtschaftspolitik die Weichen dafür legt, dass sich eine derartige Krise nicht wiederholt. In zahlreichen Veranstaltungen und Gesprächen wurden die DGB-Positionen weitervermittelt.

- Der Bereich Europapolitik hat am 25./ 26. Mai in Kooperation mit der FES in Warschau einen hochrangigen Delegationsbesuch von VertreterInnen der NSZZ Solidarnosc Thema „Arbeitsmarktpolitik in der Krise“ organisiert. Es fanden Gespräche mit ExpertInnen aus der DGB-BVV (Bereiche WIP und AMP), dem BMAS und eine Betriebsbesichtigung des Mercedes-Benz-Werks in Marienfelde statt. Schwerpunkt der Gespräche war das deutsche Modell des Kurzarbeitergeldes. VertreterInnen der polnischen Delegation sind verantwortlich für die Verhandlungen mit der Regierung hinsichtlich der Maßnahmen im Zusammenhang mit der Wirtschafts- und Finanzkrise.

Eigene Webseite zur Finanzmarktkrise: <http://www.etuc.org/r/1378>

- **Positionen und Aktionen ETUC:** <http://www.etuc.org/a/5838>
The European Trade Union Confederation (ETUC) has established a specific section on the economic and social crisis <http://www.etuc.org/a/5838> on its website, which highlights the early warnings that the European trade union movement has issued regarding the risks inherent to financial capitalism, as well as the positions and actions proposed by ETUC to prevent the recession from deepening further.
- The European Trade Union Confederation (ETUC) calls for a New Social Deal as a driver for social justice and more and better jobs - http://www.etuc.org/IMG/pdf_Towards_a_new_social_deal.pdf
- Mitentwicklung der gemeinsamen Statements des IGB, EGB und TUAC im Vorfeld des G20-Gipfels im Herbst 2008 (Washington) und Frühling 2009 (London)

2.2.2 Internationale Aktivitäten

Bereits vor dem G20-Gipfel in London Anfang April 2009 erschien der im Folgenden dokumentierte Text von Guy Ryder und Michael Sommer. Auch nach dem Gipfel in Pittsburgh Ende September 2009 ist er aktueller denn je:

G20-Gipfel: Ohne Gewerkschaften kein Vertrauen

Die Staats- und Regierungschefs der G20-Länder stehen vor einer Herkulesaufgabe. Mitten in der schlimmsten Wirtschafts- und Finanzkrise seit 80 Jahren müssen sie nicht nur den Weg aus der globalen Depression und den anhaltenden Unsicherheiten auf den Finanzmärkten weisen. Sie müssen damit beginnen, eine neue Weltwirtschafts- und Finanzordnung zu installieren, die die Fehler der vergangenen Jahrzehnte vermeidet und anstelle ungezügelter Profitmaximierung soziale, ökologische und beschäftigungspolitische Maximen global durchsetzt.

Um es deutlich zu sagen: Diese Aufgabe darf nicht jenen Finanzexperten und Ökonomen überlassen bleiben, deren neoliberale Rezepte die aktuelle Krise mit zu verantworten haben. Ein neuer "Global Deal" wird nur gelingen, wenn die Gewerkschaften als Vertreter von über 160 Millionen arbeitenden Menschen mit an den Konferenztischen sitzen, reden und bestimmen können. Wir fordern den G20-Gipfel auf, einen entsprechenden Beschluss zu fassen. Das würde die Glaubwürdigkeit des notwendigen Neuanfangs und das Vertrauen der Menschen in verantwortliches Handeln stärken.

Die Menschen wissen, dass die meisten internationalen Organisationen und zahlreiche Staaten aktiv beim Casino-Kapitalismus mitgespielt haben. Deregulierung der Finanzmärkte, übermäßige Privatisierung, Hinnahme der weltweit steigenden prekären Beschäftigung und zunehmender Ungleichgewichte bei Einkommen und Vermögen sind nur einige Beispiele. Nichts oder wenig wurde unternommen, um Steuer-oasen, völlig unregulierte Offshore-Finanzmärkte oder gefährliche Finanzmarktprodukte zu bekämpfen.

Für eine weltweit lückenlose Regulierung der Märkte

Unter diesem Aspekt begrüßen wir ausdrücklich, dass es in den meisten Ländern ein Umdenken gab. Wir appellieren an die Staats- und Regierungschefs, in Pittsburgh nicht auf halbem Weg stehen zu bleiben. Es gibt erneut Tendenzen, die angeblich segensreichen Errungenschaften freier Märkte zu betonen oder die unabdingbar notwendige, lückenlose, weltweite und verbindliche Regulierung der Finanzmärkte in Frage zu stellen. Wir warnen vor solchen Tendenzen. Wer künftig eine Wiederholung dieser schlimmen Krise vermeiden will, darf nicht in alte Fehler zurückfallen.

Die im IGB zusammen geschlossenen Gewerkschaften werden eine solche Entwicklung nicht tatenlos hinnehmen. Wir haben klare Konzepte und erwarten, dass sich der G20-Gipfel und die zuständigen Organisationen unter anderem der UN damit ernsthaft und positiv auseinandersetzen, um eine neue, humane und globale Ordnung für Wirtschaft und Finanzsysteme zu installieren.

Dafür ist unter anderem notwendig:

- Erstens, ein international abgestimmter Sanierungsplan für nachhaltiges und die Umwelt schonendes Wachstum von Konjunktur und Beschäftigung. Zentrale Punkte müssen gezielte öffentliche Investitionen und eine aktive Arbeitsmarktpolitik sein. Entwicklungs- und Schwellenländer brauchen dafür zusätzliche Finanzmittel, um antizyklische Politik betreiben zu können.
- Zweitens, eine verbindliche, global vereinbarte Regulierung aller Finanzmärkte und -produkte. Dazu gehört auch, insolvente Banken zur Schonung der Steuerzahler zu verstaatlichen.
- Drittens, eine Politik, die die weit geöffnete Schere bei Einkommen und Vermögen wieder schließt, eine Stärkung der Tarifautonomie, ergänzt durch Regelungen für Existenz sichernde Mindestlöhne.
- Viertens, eine weitreichende und ehrgeizige internationale Klimaschutz-Vereinbarung auf der UN-Klimakonferenz im Dezember in Kopenhagen.
- Und fünftens, einen neuen rechtlichen Rahmen für die wichtigen internationalen Organisationen (IAO, IWF, Weltbank, WTO, OECD). Dazu gehört auch eine Reform der Organisationen selber.

Wir appellieren an die Gipfelteilnehmer: Wagen Sie einen grundlegenden Neuanfang. Nur so können Sie die Krise meistern und eine bessere Zukunft gestalten.“

(erschieden in der [Frankfurter Rundschau](#) vom 31.03.2009)

http://www.fr-online.de/in_und_ausland/politik/doku_und_debatte/1704749_Gastbeitrag-Ohne-Gewerkschaften-kein-Vertrauen.html&em_comment_page=2

Zu diesen Punkten ist auch das Impulsreferat von Guy Ryder zum Plenum IV „Was müssen wir Gewerkschaften tun – in Deutschland, Europa und der Welt?“ auf dem DGB-Kapitalismuskongress unbedingt lesenswert:

http://www.kapitalismuskongress.dgb.de/materialien/paper_referenten/ryder_kapkon_15.05.09.pdf

Was hat der IGB konkret unternommen?

Anlässlich der G-20 Gipfel im April 2009 in London sowie im September 2009 in Pittsburgh haben die internationalen Gewerkschaften eine neue Wirtschafts- und Finanzordnung gefordert. Entsprechende gemeinsame Erklärungen wurden den Staats- und Regierungschefs der G20 übergeben.

Im Vorfeld der Gipfel hat außerdem der DGB-Vorsitzende und IGB-Vizepräsident Michael Sommer mit seinen Kollegen aus den G20-Staaten zahlreiche politische Gespräche geführt. Auf Grundlage ihrer Londoner G20-Erklärung hat der IGB darauf gedrängt, eine neue und verbindliche Wirtschafts- und Finanzordnung zu installieren, die eine Wiederholung der aktuellen globalen Krise verhindert und künftig ein nachhaltiges, Klima schonendes Wachstum mit dem vorrangigen Ziel der Schaffung von Arbeitsplätzen und besserer sozialer Sicherheit weltweit ermöglicht.

Gefordert werden unter anderem:

- eine Verstaatlichung insolventer Banken sowie eine lückenlose Regulierung und Überwachung von Finanzprodukten sowie des Finanzsystems
 - Maßnahmen zur Bekämpfung einer drohenden Lohndeflation und der zunehmenden Einkommensungleichheit
 - eine weitreichende und ehrgeizige internationale Klimaschutzvereinbarung und
 - neue rechtliche Rahmenbedingungen für internationale Institutionen wie IAO, IWF, WTO und OECD
- Volltext abrufbar unter:
http://www.tuac.org/en/public/e-docs/00/00/04/58/telecharger.phtml?cle_doc_attach=1413

Diese Forderungen sind auch nach dem Gipfel von Pittsburgh noch aktuell.

Download Global Unions Pittsburgh Declaration

http://www.einblick.dgb.de/hintergrund/2009/16/pittsburgh_erklaerung_g20_gu.pdf

Weitere interessante Dokumente finden sich hier:

Eigenes Portal innerhalb der Webseite unter: <http://www.ituc-csi.org/financialcrisis>

Detaillierte globale Übersicht der TUAC: Positionen von allen Gewerkschaften zur Finanzmarktkrise: http://www.tuac.org/print/en/public/e-docs/00/00/03/CF/document_doc.phtml

- Updated list of weblinks to trade union statements, press releases and other written contributions published following the deepening of the financial crisis in September 2008
http://www.tuac.org/print/en/public/e-docs/00/00/03/CF/document_doc.phtml
- Bob Harris, Education International's Senior Consultant to the General Secretary, shares on the impact of the financial crisis on education funding, and how education can be part of the solution. Find Bob Harris information and commentary on the Funding Education: Crisis Watch
<http://fundingeducation.blogspot.com/>.
- The ITF is gathering information on the crisis <http://www.itfglobal.org/policy/economic1.cfm> or the use of transport unions. This dossier provides a communications resource for transport unions and also a point for information-gathering.
- The Secretary General of the Public Service International, Peter Waldorff, writes on the jobs' and economic crisis in the PSI blog on the Financial Crisis
<http://financialcrisisblog.world-psi.org/>
- The ICEM is attempting to track the responses and actions Trade Union affiliates are taking, in reaction to the recession in the ICEM Financialisation
<http://www.icem.org/en/203-Financialisation>
- UNI has built a webpage on the financial crisis
http://www.uniglobalunion.org/Apps/iportal.nsf/pages/thm_20090122_jgryEn and the regulation of the financial markets.
- The ILO Global Job Crisis Observatory
<http://www.ilo.org/public/english/support/lib/financialcrisis/index.htm> offers statistics on the labour market and daily news on the impact of the crisis on jobs.
- The ILO Global Jobs Pact (GJP): http://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---ed_norm/---relconf/documents/meetingdocument/wcms_108456.pdf

3. Ausblick

Stand Ende September 2009 scheint für Manche bereits das Schlimmste überstanden. Die Weltwirtschaft schaltet schneller als gedacht auf Wachstum um, die Zeichen für einen Konjunkturschub häufen sich, der ifo-Geschäftsklimaindex listet Monat für Monat optimistischere Werte auf, auch manche Auftragsbücher beginnen ganz langsam sich zu füllen.

3.1 Was zu befürchten ist

Doch viele Stimmen warnen davor, dass es sich bei diesen positiven Zahlen allenfalls um ein durch Lager-räumung und verschiedene Konjunkturpakete befördertes Zwischenhoch handeln wird. Der nächste unsanfte Aufprall wird bereits für Ende 2010, spätestens Anfang 2011 prognostiziert, denn viele Probleme von Überkapazitäten, falschen Produkten bis hin zur privaten Überschuldung sind ungelöst. Der zarte Aufschwung ist vieles, nachhaltig ist er nicht. Und in der nächsten Krise werden die finanziellen Mittel nicht mehr da sein um wie in den letzten Monaten die Wirtschaft zu stabilisieren.

Experten kommen zu folgendem Szenario: „In den Industrieländern dürfte das Wachstum aufgrund des anhaltenden Abbaus der Verschuldung („Deleveraging“) durch die privaten Haushalte und die Banken noch auf Jahre hinaus lahmen. In den Emerging Markets dagegen sollte der Abschwung von vergleichsweise kurzer Dauer sein, und zahlreiche, wenn auch nicht alle, Emerging Markets dürften bis 2011 wieder ein stabiles Wachstum verzeichnen. Dank ihrer soliden wirtschaftlichen Fundamentaldaten werden die EM-6 (Brasilien, China, Indien, Korea, Mexiko und Russland) mehr oder weniger rasch eine Erholung einleiten, indem sie die Binnennachfrage ankurbeln. Aufgrund der schwächeren weltweiten Nachfrage und des daraus resultierenden, geringeren Exportwachstums werden die Emerging Markets jedoch nicht mehr die überdurchschnittlichen Wachstumsraten der vergangenen Jahre erreichen.“

(Quelle:

http://www.dbresearch.de/servlet/reweb2.ReWEB?addmenu=false&document=PROD000000000244453&rdLeftMargin=10&rdShowArchivedDocus=true&rwdspl=0&rwobj=ReDisplay.Start.class&rwsite=DBR_INTERNET_DE-PROD)

Für Entwarnung gibt es also keinen Anlass. Die Wirtschaft hängt am Topf des Staates und der hat sich in einem Ausmaß verschuldet, das schwindeln lässt. Staaten werden – ob gewollt oder nicht – ihre Ausgaben kappen, um die Haushaltslöcher wenigstens notdürftig zu stopfen, die das Krisenmanagement gerissen hat. Wo gespart wird liegt auf der Hand bzw. lehrt die Vergangenheit: bei Bildung und Sozialausgaben. Das war immer so und es gibt keinerlei Anzeichen, dass es jetzt andere Lösungen geben würde. Arnold Schwarzenegger, der Sparminister aus Kalifornien, lässt bereits grüßen! Konkret ist für die Zeit unmittelbar nach der Bundestagswahl ein massives Sparprogramm des Bundes zu erwarten. Auch aus den Landesregierungen mehren sich die entsprechenden Ankündigungen. Die Bundesregierung sah sich au-

Berdem zu einem Hinweis veranlasst, dass in absehbarer Zeit allenfalls mit sehr bescheidenen Lohnerhöhungen gerechnet sein dürfte. (Quelle: Finanzplan der Bundesregierung)

Leistungen werden gekürzt und gleichzeitig Steuern erhöht. Letzteres wird den zarten Aufschwung noch mehr schwächen, denn hohe Steuern verdüstern die Konsumlaune. Und die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zahlen dabei doppelt: mit höheren Steuern und sinkenden Löhnen. Hinzu dürfte ein Beitragschock kommen: bei der ALV sind 2,8 % wegen der Kosten für die Kurzarbeit und hohe Arbeitslosigkeit nicht haltbar, Prognosen sprechen von 4-5%. In der GKV ist mit flächendeckenden Zusatzbeiträgen zu den 14,9 % ab 2010 fest zu rechnen. Eigentlich ist es überflüssig zu erwähnen, dass die Arbeitgeber schon länger in ähnliche Hörner tuten. Keine Kamelle ist zu oll als dass sie jetzt nicht recycelt würde. Die Abwrackprämie für die Forderung nach Lockerung des Kündigungsschutzes kommt einem unweigerlich in den Sinn.

Die Frage wer die Zeche zahlt beantwortet sich also von selbst: Sozial Schwache, Steuerzahler, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Andererseits wird in den Banken schon wieder fröhlich gezockt – mit „Staatsknete“ aus dem Rettungspaket.

Wir Gewerkschaften treten daher weiterhin für die Durchsetzung des Verursacherprinzips ein. Eine Privatisierung der Gewinne und eine Vergesellschaftung der Verluste darf es nicht geben. Schwache dürfen nicht allein die Zeche zahlen – sehr wohl aber Banker, Manager und Spekulanten, die die Krise verursacht haben. Wer nichts leistet soll auch keine Boni kassieren. Wir sagen: Staatliche Hilfe wo notwendig ja - aber nicht zum Nulltarif. Wir zahlen nicht für die, die Tausende von Arbeitsplätzen vernichtet haben und dabei auch noch absahnen wollen.

Die Heuschrecken kehren zurück – wir erleben „business as usual“ statt Umdenken und Verantwortung. Offensichtlich haben viele Krisen-Verursacher in der Finanzbranche keine Moral oder aber im günstigeren Fall eine ausgemachte Lernschwäche. Diese „Verantwortungs-Legastheniker“ zocken als wäre nie etwas gewesen und sahnem völlig schmerzfrei ihre Boni ab. Von Reue keine Spur!

Es erfüllt uns außerdem mit Sorge, dass Manche, die der Deregulierung ganzer Wirtschaftszweige laut oder leise das Wort geredet haben, nun die Re-Regulierung der Finanzmärkte vorantreiben sollen. Wir halten es auch für nicht akzeptabel, dass sogenannte Sachverständige, die die Steigbügelhalter des Neoliberalismus waren und in keinster Weise in ihren Gutachten und Prognosen die Krise vorhergesehen haben, nun schon wieder als Experten hoffähig sind. Diese Weisen aus dem Märchenland ihrer eigenen (nicht selten bestellten) Vorhersagen haben nicht nur eine ganze wissenschaftliche Disziplin mit ihrem Unsinn diskreditiert, sie haben schlicht einen schlechten Job gemacht. Wer die Krise bewältigen will braucht andere Ratgeber und darf nicht allein den Ökonomen das Feld überlassen. Dafür werden wir Gewerkschaften uns einsetzen.

3.2 Was kommen muss

Die Forderungen von DGB und Gewerkschaften liegen auf der Hand:

- **Maßnahmen zur Stärkung der Binnennachfrage als zweitem Standbein neben dem Export**
- **zügige Umsetzung des 2. Konjunkturprogramms, v. a. verbesserter Mittelabruf**
- **Entwicklung eines 3. Konjunkturprogramms**
- **Maßnahmen gegen die Kreditklemme**

Auch an dieser Stelle sei noch einmal darauf hingewiesen, dass sich die Brandstifter jetzt als Feuerwehrmänner gerieren und doch schon wieder mit den Zündhölzern spielen. Ausgerechnet die Finanzjongleure profitieren von der Krise: Unternehmen brauchen dringend frisches Geld, um der Insolvenz zu entrinnen. Da Banken aber mit der Kreditvergabe geizen, müssen sich die Unternehmen Mittel durch die Ausgabe von Anleihen besorgen. Auch Staaten geben Anleihen aus, da sie viel Geld benötigen, um zum Beispiel Schutzschirme über marode Banken zu spannen. Und wer bringt diese Unternehmens- und Staatsanleihen an Frau und Mann? Die Banken, die daran kräftig verdienen.

- **Stärkung der Mitbestimmung**
- **Verlängerung der Bezugszeit von Arbeitslosengeld I**

Der DGB fordert, die Rahmenfrist für die Versicherungsleistung Arbeitslosengeld I zu verlängern, um den Absturz in Hartz IV zu vermeiden. „Viele instabile und befristet Beschäftigte könnten von Hartz IV verschont werden, wenn die gültige zweijährige Rahmenfrist für die notwendigen Beitragszeiten zumindest um ein Jahr verlängert würde

- **Erhöhung der Schonvermögen**
- **Arbeitszeitverkürzung**
- **Übernahmegarantie für Auszubildende bei Arbeitszeit-Absenkung**
- **bessere Brücken für Azubis in Betriebe**
- **Steuergesetzgebung**

Der DGB fordert eine Finanztransaktionssteuer und als Einstieg zunächst die Börsenumsatzsteuer auf Aktienverkäufe und Derivate. Eine Finanztransaktionssteuer würde gefährliche Spekulationen bremsen und dem Staat gleichzeitig höhere Einnahmen bescheren, mit denen er einen Teil der Krisenkosten bezahlen könnte.

Von offenen und geschlossenen Fenstern

Wir haben viele Maßnahmen der Bundesregierung begrüßt, sagen aber auch ganz deutlich: Krisenmanagement allein genügt nicht! Der DGB sieht die dringende Notwendigkeit, jetzt schnell die Konsequenzen aus der Krise und ihren Ursachen zu ziehen. Es geht darum sozial gerechte, solidarische und ökologisch verträgliche Wege aus der Krise aufzuzeigen. Voraussetzung ist ein grundlegender Wandel im Verhältnis

von Politik und Ökonomie: Wir müssen den Vorrang von demokratisch legitimer Politik vor der Wirtschaft endlich wieder durchsetzen.

Wir erwarten von der Politik klare Regeln, die künftige Auswüchse verhindern und nachhaltiges Wirtschaften fördern. Kurz: 60 Jahre nach der Gründung der Bundesrepublik erwarten wir eine Rückbesinnung auf die echte soziale Marktwirtschaft, die dem Wohl aller Menschen dient und nicht den Reichtum Weniger fördert. Das gilt für Deutschland, für Europa und die Welt. Als Exportweltmeister steht es uns gut zu Gesicht, auch den Werte-Export voranzutreiben.

In den kommenden Wochen und Monaten wird es darum gehen, die Vision der internationalen Gewerkschaften von einer neuen, nachhaltigen und gerechten Wirtschaftsordnung weiter zu schärfen. Oder wie es Sony Kapoor auf dem Kapitalismuskongress auf den Punkt gebracht hat: we need a message! Wir wollen der Entsolidarisierung eine neue solidarische Ordnung der Wirtschaft und Gesellschaft entgegensetzen:

- eine Ordnung, in der das Primat der Politik vor der Wirtschaft gewährleistet ist,
- eine Ordnung, die Arbeitsplätze erhält, die Mindestlöhne einführt und sichert,
- eine Ordnung für mehr gute Arbeit und ein gutes Leben,
- eine Ordnung mit mehr Mitbestimmung, Teilhabe und Gleichberechtigung.

Wir Gewerkschaften haben schon frühzeitig klare Konzepte zur Krisenvermeidung vorgelegt und klare Erwartungen an die Politik formuliert. An vielen Stellen wurden und werden wir gehört, sind wir gefragt. Über unsre bereits bekannten Konzepte hinaus

- wollen wir mehr Mitbestimmung. Denn Mitbestimmung und mehr Demokratie sorgt dafür, dass die Unternehmen auf Zukunfts- und Beschäftigungssicherung und nicht auf kurzfristige Rendite ausgerichtet werden.
- wollen wir mehr Regulierung. Denn es fehlt an einer nationalen, europäischen und weltweiten Regulierung der Finanzmärkte und ihrer Produkte. Vieles muss neu geregelt werden: vom Verbot von Leerverkäufen über die Notwendigkeit einer Regulierung von Private-Equity und Hedgefonds bis hin zu höheren Eigenkapitalanforderungen. Zudem brauchen wir eine einklagbare Verpflichtung für Banken, Unternehmen und Verbraucher mit den notwendigen Krediten zu akzeptablen Bedingungen zu versorgen.
- wollen wir in der Wirtschaft wieder mehr Werte. Die Wirtschaft muss den Menschen dienen und nicht der Mensch der Wirtschaft. Investition soll wieder vor Spekulation gehen. Wir orientieren uns mehr am „ehrbaren Kaufmann“ und nicht an der Gier des „Zockers“, die ganze Wirtschaftszweige erfasst hat.

- wollen wir wieder mehr Staat – einen starken Staat, der Regeln setzt und durchsetzt sowie die Aufgaben der Daseinsvorsorge selbst erfüllt. Die Privatisierung um fast jeden Preis hat sich nicht bewährt. Die zentralen Aufgaben des Sozialstaates – von der Tarifautonomie bis zur solidarischen Absicherung gegen Lebensrisiken – gehören in den Mittelpunkt seines Handelns. Wir brauchen einen aktiven Sozialstaat, der die Daseinsvorsorge im öffentlichen Eigentum und unter demokratischer Kontrolle organisiert. Und wir brauchen einen Sozialstaat, der besser als bisher vor Armut schützt – die Arbeitslosen ebenso wie die Alten und die Alleinerziehenden. Kurz: Wir fordern einen handlungsfähigen Staat, der auch morgen in der Lage ist, seine Aufgaben wahrzunehmen. Er kann das nur, wenn wir aus dem Dreiklang von Schulden – Steuern – Schuldenbremse ausbrechen.
- wollen wir endlich eine Steuerpolitik, die nicht die Ungleichheit zwischen Menschen, Staaten und Kontinenten vergrößert sondern eine gerechtere Vermögens- und Einkommensverteilung sichert.
- wollen wir gute Arbeit weltweit. Im Casinokapitalismus wurden Beschäftigte gegeneinander ausgespielt. Das muss ein Ende haben. Wir wollen den Wildwuchs prekärer Beschäftigung beseitigen und weltweit für gute Arbeitsbedingungen eintreten. Und wir werden uns insbesondere um die Auszubildenden kümmern. Deswegen haben wir einen Schutzschirm für Ausbildung vorgeschlagen. Schließlich sagen wir: Die Krise darf nicht zur Lohndrückerei missbraucht werden. Die Zeit für einen einheitlichen gesetzlichen Mindestlohn in Deutschland ist überreif.
- wollen wir mehr Bildung und damit mehr Menschen die Chance auf ein besseres Leben geben. Das beginnt in der Kita, bezieht die Lohnfortzahlung im (Weiter)Bildungsfall während des Erwerbslebens mit ein und hört mit einem Seniorenstudium nicht auf. Voraussetzung für bessere Bildung ist ein Ende der bildungspolitischen Kleinstaaterei. Sie herbeizuführen ist für unser rohstoffarmes Land eine Überlebensfrage.

4. Veranstaltungen

4.1. DGB

Rede von Michael Sommer auf dem 18. OBK 2006 (s. oben)

Konferenz „Made in Germany im Griff der Finanzmärkte“ am 23. und 24. Oktober 2007 in Berlin

DGB und Hans-Böckler Stiftung wollten darauf aufmerksam machen, dass mit dem Ende der „Deutschland-AG“ der Einfluss von internationalen Finanzinvestoren auf deutsche Unternehmen von Jahr zu Jahr größer wird. Aus Sicht der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sollte alles getan werden, damit in Zukunft die Aktivitäten von Finanzinvestoren nicht zu Lasten der Belegschaften in den Unternehmen gehen.

Workshop und 2 Veranstaltungsbeteiligungen Thema Finanztransaktionssteuer in Brüssel:

Agenda-Setting in Brüssel, zur Information und Beschlussvorbereitung im Rahmen des EGB (31. Januar und 13./16. März 2009)

Das DGB-Verbindungsbüro hat den Bereich Wirtschaftspolitik bei der Planung und Durchführung einer Veranstaltung zur Finanztransaktionssteuer in Brüssel unterstützt. Dadurch konnte erreicht werden, dass das Thema einer generellen Finanztransaktionssteuer wieder den Weg in die Dokumente des EGB gefunden hat und mittlerweile in den ständigen Forderungskatalog mit aufgenommen wurde.

Demonstration „Put the people first“ in London

Der Bereich Europa organisierte eine sichtbare Teilnahme des DGB an der ITUC/TUC- Demo „Fight the Crisis. Put people first“ anlässlich des G-20-Gipfels in London am 28.3.2009.

„Umdenken Gegenlenken – DGB-Kapitalismuskongress“ am 14. und 15. Mai 2009 in Berlin

Hier trafen sich rund 700 Teilnehmende, ReferentInnen und Gäste, aus aller Welt und diskutierten u. a. über die

Themen:

1. Die Weltwirtschaftskrise ist die Krise des Marktradikalismus!
2. Auf welche globalen Herausforderungen müssen die Gewerkschaften reagieren?
3. Was müssen wir Gewerkschaften tun – in Deutschland, Europa und der Welt?
4. Was wir tun müssen – Handlungsoptionen der Gewerkschaften!
5. Neue Wege der Gerechtigkeit – ein gewerkschaftliches Leitbild für eine zukunftsfähige Gesellschaft weltweit!

Die Dokumentation des Kongresses ist unter www.kapitalismuskongress.dgb.de zu finden. Außerdem ist eine DVD verfügbar.

Die Referentinnen und Referenten im Überblick:

<http://www.kapitalismuskongress.dgb.de/referenten/index.html?-C=>

Demonstration am 16. Mai 2009 in Berlin mit 100.000 TeilnehmerInnen

Unter dem Motto „Die Krise bekämpfen. Sozialpakt für Europa! Die Verursacher müssen zahlen - Aktionstage für ein soziales Europa“ hatte der DGB zu der Kundgebung aufgerufen. Europaweit (Madrid, Brüssel, Berlin und Prag) waren an den Aktionstagen der Gewerkschaften mehr als 300.000 Menschen auf der Straße.

Umdenken Gegenlenken – Finanzmärkte regulieren, Fachtagung am 1. Juli 2009 in Berlin

Unter diesem Titel hat der DGB am 1. Juli 2009 eine finanzpolitische Tagung mit namhaften Vertretern aus Politik und Wissenschaft in Berlin veranstaltet. Dabei wurden die Regulierungs-Vorschläge von DGB und Gewerkschaften sowie die Sichtweisen der Bundesregierung als auch aller im Bundestag vertretenen Parteien vorgestellt. Der DGB setzt damit seine weitreichenden Bemühungen um konstruktive Lösungsansätze zur strukturellen Bekämpfung der Wirtschaftskrise fort.

Workshop „Die Krise in den Regionen – gewerkschaftliche Handlungsfelder“ am 31. August 2009

Wie hat sich die Krise bisher in den unterschiedlichen Regionen bemerkbar gemacht? Der Workshop unterzog das bisherige Krisenmanagement dem Praxistest: Kurzarbeit, Qualifizierung und die Umsetzung der Konjunkturprogramme. Als zentrale Handlungsfelder wurden die Steigerung der kommunalen Handlungsfähigkeit angesichts drohender Steuerausfälle, Gute Arbeit als Weg aus der Krise sowie die Notwendigkeit eines Zukunftsinvestitionsprogramms zur sozial-ökologischen Modernisierung der Industriegesellschaft identifiziert.

„Umdenken Gegenlenken – Verbraucher und Beschäftigte am Finanzmarkt schützen“ am 9. September 2009 in Berlin.

Die DGB Fachtagung „Umdenken gegenlenken, Verbraucher und Beschäftigte am Finanzmarkt schützen“ war ein voller Erfolg.

Mit der Fachtagung „Umdenken, gegenlenken – Verbraucher und Beschäftigte am Finanzmarkt schützen“ knüpfte der DGB an die Debatten zur Regulierung der Finanzmärkte an, die auf dem Kapitalismuskongress am 14./15. Mai 2009 begonnen wurden.

Die Gewerkschaften waren durch DGB-Vorstandsmitglied Claus Matecki und Uwe Foullong, ver.di-Vorstandsmitglied vertreten. Claus Matecki machte in seiner Schlussrede deutlich, dass alle Gewerkschaftsmitglieder und deren Familien Verbraucher sind. Der DGB wird für sie und alle anderen Bürgerinnen und Bürger auch in Zukunft im Bereich der Verbraucherpolitik und besonders im Bereich der verbraucherfreundlichen Finanzmärkte mahnend seine Stimme erheben und politisch Einfluss nehmen.

Die Beschäftigten und die Verbraucher erwarten von einer neuen Bundesregierung ein Umdenken im Krisenmanagement und vor allem konkrete Maßnahmen für einen besseren Verbraucherschutz an den Finanzmärkten. Verbraucher wollen auf ihre Bedürfnisse zugeschnittene Kapitalmarktangebote, die keine überbordenden Risiken beinhalten, Beschäftigte wollen gesicherte Einkommen und keinen hohen Provisionsdruck bzw. geißelnde Vertriebsvorgaben.

„Perspektiven für eine globalisierte Welt – die Zukunft internationaler Solidarität“

Vier internationale Foren

am 5. Oktober 2009 in Berlin

In der gemeinsam von Hans-Böckler-Stiftung und DGB organisierten Veranstaltung wurden die Themen des Kapitalismuskongresses wiederaufgenommen und mit Kolleginnen und Kollegen aus den internationalen Gewerkschaftsbünden diskutiert.

http://www.boeckler.de/33_96869.html

„Mit guter Bildung aus der Krise – Umdenken. Gegenlenken“

am 12. November 2009 in Berlin

Mit der Fachtagung präsentiert und diskutiert der DGB in unmittelbarer Nähe des ersten Jahrestages des Bildungsgipfels sowie der Bildung einer neuen Bundesregierung seine bildungspolitischen Positionen.

Beteiligung des Bereiches WIS des DGB-Bundesvorstandes an **über 150 Veranstaltungen** zwischen Oktober 2008 und August 2009 mit unterschiedlichen Schwerpunkten (Krisenursachen, Bewertung Krisenmanagement, Lehren aus der Krise), veranstaltet von Einzelgewerkschaften, DGB-Untergliederungen, Betriebs- und Personalrätekonferenzen sowie Betriebsversammlungen, EGB

4.2. Aktivitäten der DGB-Bezirke (eine Auswahl)

DGB-Bezirk Nordrhein-Westfalen

Nordrhein-Westfalen ist als Standort exportorientierter Industrieunternehmen in hohem und besonderem Ausmaß von der Krise betroffen. Während sich die vor allem mittelständisch orientierte Wirtschaft in den zurückliegenden Jahren - unter zum Teil erheblichen Arbeitsplatzverlusten - modernisiert und sich erfolgreich auf die Anforderungen internationaler Märkte eingestellt hat, verzeichnen die Unternehmen nun in Folge der Krise massive Auftragseinbußen und Produktionsrückgänge. Industrielle Arbeitsplätze in NRW, die im Zuge der Krise abgebaut werden, drohen auf immer zu verschwinden.

- Im verarbeitenden Gewerbe NRWs ging die Produktion im ersten Halbjahr d. J. um fast 25% gegenüber dem Vorjahr zurück.
- Beschäftigte aus fast 21.000 Unternehmen befanden sich im Juli in NRW in Kurzarbeit (März 2009: 243.000 Kurzarbeitende).
- Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen kommt ins Rollen. Sie steigt auch in NRW gegenüber dem Vorjahr deutlich an (um 4,1% im 1. Quartal 2009, um 11,8% im Mai 2009)
- Viele Kommunen in NRW sind hoffnungslos überschuldet. Ihnen droht der dauerhafte Verlust ihrer Investitionsfähigkeit.

Seit dem Herbst 2009 stehen die Aktivitäten des DGB NRW insgesamt unter dem Vorzeichen der Krise. Hervorgehoben hierbei sollen folgende Maßnahmen:

Politische Initiativen

Im November schlug Guntram Schneider vor, angesichts der großen Entlassungen bei Zeitarbeitsunternehmen einen Beschäftigungspool mit einer **Transfergesellschaft für Leiharbeitsbeschäftigte** zu gründen. Dieser Vorschlag wurde von der Landesregierung aufgegriffen, konnte aber angesichts der Abwehr der Zeitarbeitsverbände nicht realisiert werden.

Am 16.12.2008 wandte sich der Vorsitzende des DGB NRW an den Ministerpräsidenten mit der dringlichen Bitte, Vertreter der Unternehmen, Verbände, Gewerkschaft und Landesregierung an einen Tisch zu holen, um gemeinsam die Lage zu erörtern und Maßnahmen zu verabreden. Dieses Treffen wurde zu Jahresbeginn mit der Staatskanzlei vorbereitet und fand am 13. Januar statt. Hier wurde ein **„Zukunftspakt für Wachstum und Beschäftigung“** vereinbart

Im Rahmen des **Branchendialogs NRW** gab am 05.03, 20.05 und 08.09. weitere Treffen. Ergebnisse dieser Treffen waren u. a.

- Erhöhung des Bürgschaftsrahmens des Landes NRW sowie schnelle Bearbeitung der Bürgschaftsanträge
- Errichtung einer Hotline für krisenbedrohte Unternehmen
- Qualifizierungen von Richtern und Insolvenzverwaltern zum Insolvenzrecht
- Bankentreffen zum Thema Kreditvergabe
- Informationskampagne von Kammern, Gewerkschaften und Agentur für Arbeit zur Nutzung von Kurzarbeitergeld,

(s. hierzu auch: Gemeinsame Erklärungen des Lenkungskreises Branchendialog NRW unter: [http://www.nrw.de/mediadatabase/Entwurf Erklärung Stand 20-05-2009.pdf](http://www.nrw.de/mediadatabase/Entwurf_Erklärung_Stand_20-05-2009.pdf))

Anfang Oktober wird der DGB NRW unter dem Motto **„Solidarisch durch die Krise“ ein beschäftigungs- und arbeitsmarktpolitisches Konzept für NRW** vorstellen.

Die durch die Krise sich noch verschärfende prekäre Finanzsituation der Kommunen wurde vom DGB NRW in mehreren Workshops bearbeitet. In der Folge hat sich im August ein **Netzwerk Kommunalfinzen** gegründet, in dem soziale und gesellschaftliche Verbände (Kirchen, Sport, Mieter, Migration etc) mitwirken.

Bildung und Beratung von Betriebsräten

Initiiert vom DGB NRW und gefördert durch das Arbeitsministerium hat die Technologieberatungsstelle beim DGB ein Projekt zur **Beratung von Betriebsräten in krisenbedrohten Unternehmen** gestartet. Der DGB NRW hat einen Runden Tisch der gewerkschaftlichen Bildungsanbieter zusammengerufen, um Kooperationen und Verfahren zur Zertifizierung von Qualifizierungsmaßnahmen während Kurzarbeit zu verabreden. Die gewerkschaftlichen Bildungseinrichtungen haben kurzfristig Qualifizierungsmaßnahmen für Betriebsräte in Unternehmen, die Kurzarbeit einführen, realisiert

Diskursreihe „Düsseldorfer Krisengespräche. Gewerkschaftliche Impulse für eine nachhaltige Bewältigung der Krise

Der DGB NRW hat eine Diskursreihe: **„Düsseldorfer Krisengespräche – Gewerkschaftliche Impulse für eine nachhaltige Bewältigung der Krise** aufgelegt. Hier wurde Raum gegeben, um jenseits des Drucks tagesaktueller Geschehnisse Konsequenzen der Krise zu erörtern.

24.03.2009, Sozial gerechte Bewältigung der Wirtschaftskrise durch Zukunftsanleihen

Guntram Schneider hat hier einen Vorschlag für eine [Zukunftsanleihe](#) eingebracht. Dieser Vorschlag wurde sehr positiv aufgenommen. In der Folge gab es Gespräche u. a. mit den Landtagsfraktionen. Aktuell wird eine gemeinsame Veranstaltung von WSI/Hans-Böckler-Stiftung und Konrad-Adenauer-Stiftung vorbereitet.

30.04.2009, Strategien gegen Massenarbeitslosigkeit, Oliver Burkhard, der Bezirksleiter der IG

Metall, hat hier angesichts der massiven Einbrüche bei Automobilzulieferern und im Maschinenbau vor allem Modelle der Kurzarbeit skizziert und die gemeinsame Initiative mit dem Arbeitgeberverband für eine Transfergesellschaft mit Rückkehrrecht vorgestellt.

26.05.2009, Perspektive für Europa, Reiner Hoffmann, stellv. Generalsekretär des Europäischen

Gewerkschaftsbunds, stellte Chancen und Probleme industriepolitischer Initiativen sowie sozial- und arbeitspolitischer Regulierungen auf der EU-Ebene vor. Im Nachgang wurde verabredet, Konzepte wie etwa den New Green Deal auf NRW herunterzubereiten.

22.09.2009, Die Rolle des Staates, Mit Blick auf die zu erwartenden Debatten im Bundestagswahlkampf wird Frank Bsirske, Konsequenzen aus der Krise für die Rolle des Staates und Aufgaben des öffentlichen Diensts ziehen.

DGB Bezirk West (Rheinland-Pfalz/Saarland):

Vorbemerkung: In unserem Bezirk haben viele Veranstaltungen in Kooperation zwischen den Ebenen und mit unseren Partnern (z. B. Arbeitskammer des Saarlandes, tbs Rheinland-Pfalz) stattgefunden.

Bezirk West:

20.03.2009, Bezirksvorstandssitzung am 20. März 2009 in Kaiserslautern zum Thema „Finanzkrise“, Referent: Wolfgang Lerch, Arbeitskammer des Saarlandes

Mai 2009, Das Thema Krise war das zentrale Thema auf den Mai-Veranstaltungen des DGB im gesamten Bezirk, sowohl bei den zentralen als auch bei den regionalen Kundgebungen

Am **19.09.2009** finden in Saarbrücken die Frauenkonferenzen des DGB Bezirks West unter dem Titel „Frauen Bestimmt - Hat die Krise ein Geschlecht?“ Im Rahmen dieser Veranstaltungen finden ein Referat und eine Diskussionsrunde zum Thema statt.

Der DGB Bezirk West hat sich an **allen bundes- bzw. europaweiten Aktionen** und Kundgebungen mit einer großen Anzahl von Kolleginnen und Kollegen beteiligt.

Rheinland-Pfalz

Beteiligung des DGB und der Gewerkschaften am „Pakt für Rheinland-Pfalz“ der Landesregierung mit laufenden Sitzungen und Veranstaltungen.

Diverse Informationsveranstaltungen der Ministerien mit dem DGB und den Gewerkschaften zur Implementierung und Umsetzung des Konjunkturpakets II.

Projekt der tbs bis Ende 2008 „Chancen und Risikomanagement in Rheinland-Pfalz

- Ziel war die Schaffung eines Betriebsrätenetzwerkes zur Früherkennung von Krisen. Die Gewerkschaften und der DGB waren von Anfang an eingebunden.
- Regelmäßige Infobriefe
- Diverse Veranstaltungen

12.12.2008, Workshop mit der tbs und den Regionen in Frankenthal zum Thema „Kurzarbeit, Qualifizierung und Mitbestimmung“

Projekt der tbs „Chancen und Risikobegleitung in der aktuellen Krise 2009“

12.01.2009, Workshop mit der tbs und der Investitions- und Strukturbank Rheinland-Pfalz in Mainz zum Thema „Maßnahmen des Landes zur Abfederung der Finanzkrise“

05.-06.05.2009, Betriebsrätemesse in Frankenthal u.a. mit dem Ministerpräsidenten und dem Bundesarbeitsminister Olaf Scholz

- Am 04. November 2009 findet eine Veranstaltung mit Prof. Dr. Sell in Mainz statt zum Thema „Krise als Chance zur gesellschafts- und finanzpolitischen Neuausrichtung nutzen“

Saarland

15. /16.01.2009, Klausur des DGB Saar zum Thema „Finanz- und Wirtschaftskrise im Saarland“, Referent: Wolfgang Lerch, Arbeitskammer des Saarlandes

Beteiligung des DGB und der Gewerkschaften an der Saargemeinschaftsinitiative (SGI) „Beschäftigungspakt Saarland“ mit drei Arbeitsgruppen

- Kurzarbeit und Qualifizierung
- Kreditwirtschaft
- Konjunkturpaket

Alle Arbeitsgruppen arbeiten weiterhin

04.02.2009, Teilnahme des DGB am Bildungs- und Qualifizierungsgipfel der Landesregierung

25.03.2009, Im Rahmen des Saarland Sozialgipfels, der auf Initiative des DGB stattfindet, Gespräch mit dem Arbeitsminister

20.04.2009, Veranstaltung in Kooperation mit der FES und des DGB BuVo zum Thema „Finanz- und Wirtschaftskrise und Schuldensituation“

28.04.2009, Betriebs- und Personalrätekonferenz des DGB Saar und der DGB Region Saar

In Kooperation mit der Agentur für Arbeit und der IG Metall fanden Schulungsveranstaltungen zu den Themen „Kurzarbeit und Qualifizierung“ sowie „Insolvenz“ statt.

17.06.2009; In Kooperation mit der OGB-L fand eine Veranstaltung zum Thema „Gekündigt in Luxemburg, was nun?“ statt

Diverse Aktionen im Rahmen der Landtagswahlen zu den Themen „Mindestlohn“ und „Schuldenbremse“

DGB- Bezirk Nord

01. 09.2009; Hamburg, Veranstaltung der Frauen DGB Nord/DGB Hamburg mit Bundesminister Olaf Scholz. Benachteiligung von Frauen am Arbeitsmarkt

03.09.2009, 18:00 Uhr Kiel, Legienhof, Soziales Bündnis für SH

07.09.2009, (bis 18.09.) Berufsschultour der Abt. Jugend in SH, Schwerpunkte: Landtagswahl/ Bundestagswahl

19.09.2009, Kiel, Wirtschaftspolitische Positionen, DGB/ SPD-LV SH

21.09.2009, bis 25. Sept. 2009, Berufsschultour der Abt. Jugend in MV, Schwerpunkt: Bundestagswahl

DGB Bezirk Sachsen

16.06.2008, Wirtschaftspolitisches Gespräch „Finanz- und Bankenkrise und Auswirkungen auf Sachsen“ mit Prof. Dr. Rudolf Hickel, Universität Bremen und Prof. Karmann, TU Dresden

07.10.2008, Betriebs- und Personalrätekonferenz zum „Welttag für menschenwürdige Arbeit“ in Dresden mit Franz-Josef Möllenberg, Vorsitzender der Gewerkschaft NGG

15.01.2009, Neujahrsempfang des DGB Bezirk Sachsen, Rede zu den Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise von Johano Strasser, Schriftsteller und Präsident des Deutschen PEN-Clubs

04.02.2009, Konferenz „Finanzkrise und ihre Auswirkungen auf Sachsen“ mit Prof. Dr. Rudolf Hickel, Universität Bremen und Olivier Höbel, Bezirksleiter der IG Metall Brandenburg-Sachsen

09.02.2009, Auftaktveranstaltung „Kampagne Alterssicherung“ in Leipzig

11./12.02.2009, Europäisches Gespräch der Hans-Böckler-Stiftung „Das soziale Europa wählen“ in Prag

21.04. – 16.06.2009, Mindestlohntour durch Sachsen

16.06.2009, Lausitzkonferenz, Hoyerswerda (in Kooperation mit dem DGB-Bezirk Berlin-Brandenburg)

16.05.2009, Teilnahme an der Demonstration „Die Krise bekämpfen – Sozialpakt für Europa! Die Verursacher müssen zahlen!“ in Prag

10.08.-27.09.2009, Mindestlohntour durch Sachsen

18.08.2009, DGB-Wahlforum mit den sächsischen Spitzenkandidaten zur Landtagswahl in Leipzig

25.08.2009, Konferenz des Netzwerks Canaletto mit dem DGB in Kooperation im Rahmen von Umdenken – Gegenlenken, Dresden

24.09.2009, Wirtschaftspolitisches Gespräch „Steuersenkung + Schuldenbremse = Sozialabbau“ mit Dr. Dieter Vesper, Finanz- und Konjunkturforscher und Thomas Voß, Landesbezirksleiter ver.di

07.10.2009, „Welttag für menschenwürdige Arbeit“ Teilnahme an der Kundgebung in Berlin

4.3. Aktivitäten der DGB-Regionen (eine Auswahl)

Regionen im DGB-Bezirk West

Diverse Veranstaltungen vor den Kommunalwahlen durch die Orts- und Kreisverbände sowie die Regionen zum Thema „Krise und Konjunkturpaket II“

Diverse Veranstaltungen vor den BT-Wahlen mit den Kandidatinnen und Kandidaten zum Thema „Krise“ in allen Regionen sowie den Orts- und Kreisverbänden

Initiierung von Bündnissen gegen die Krise auf der lokalen bzw. regionalen Ebene - z. B. Initiative Pro Westpfalz (durch die DGB Region und die Gewerkschaften initiiert) mit Plakataktionen und Veranstaltungen

Diverse gemeinsame Veranstaltungen mit unseren Bündnispartnern (z. B. Kirchen, AfA etc.) in allen Regionen

DGB-Region Erzgebirge

31.07.2008, „Arm trotz Arbeit – Mindestlohn einführen“ – Gemeinsame Aktion mit NGG in Annaberg-Buchholz

29.08. – 09.09.2008, Straßenaktivitäten zum Mindestlohn

04.09.2008, Arbeitsmarktkonferenz „Wege zur Deckung des Fachkräftebedarfs“, Stadthalle Marienberg
Einsatz Mindestlohnmobil

01.10.2008, Branchenübergreifende Betriebs- und Personalrätekonzferenz, Annaberg-Buchholz
„Mindestlohn einführen – prekäre Beschäftigungsverhältnisse abbauen“

15.10.2008, Straßenaktivitäten mit dem Mindestlohntruck
„Dem Mindestlohn in der Region ein Gesicht geben“

16.12.2008, Beteiligung an der Demonstration „Mehr Arbeitnehmerrechte durchsetzen“ in Straßburg

09.02.2009, Beteiligung an der Auftaktveranstaltung „Kampagne Alterssicherung“ in Leipzig

09.03.2009, „Alter, Arbeit, Armut – Altersarmut von Frauen verhindern“

Veranstaltungen in Annaberg-Buchholz, Stollberg und Aue

01.05.2009, „Arbeit für alle bei fairem Lohn“, Veranstaltungen in Annaberg-Buchholz, Aue

Beteiligung der DGB-Kreisverbände Stollberg und Mittleres Erzgebirge bei Veranstaltungen in Stollberg und Zschopau

16.05.2009, Teilnahme an der Demonstration „Die Krise bekämpfen – Sozialpakt für Europa! Die Verursacher müssen zahlen!“ in Prag

20.05.2009, Wahlstammtisch in Annaberg-Buchholz zu den Europawahlen

25./26.06.2009, Mindestlohntour in Aue und Stollberg

10.08.2009, Betriebs- und Personalrätekonferenz „Finanz- und Wirtschaftskrise im Erzgebirge – wie weiter?“ mit dem Sächsischen Staatsminister für Wirtschaft und Arbeit

19.08.2009, Wahlstammtisch in Annaberg-Buchholz zu den Landtagswahlen

20.08.2009, Wahlstammtisch in Stollberg zu den Landtagswahlen

02.09.2009, Wahlstammtisch und Straßenaktivitäten in Annaberg-Buchholz zur Bundestagswahl

22.09.2009, Wahlstammtisch in Stollberg zur Bundestagswahl

07.10.2009, „Welttag für menschenwürdige Arbeit“ Teilnahme an der Kundgebung in Berlin

DGB Region Ostsachsen

04.05.2009, Wirtschaftspolitisches Gespräch „Finanzmarktkrise und Rezession – und wie geht’s nun weiter? mit Prof. Dr. Friedhelm Hengsbach SJ und Thomas Voß (Ver.di-Landesbezirksleiter von Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen) im Bischof-Benno-Haus Schmochtitz (bei Bautzen)

13.-14.11.2009, Seminar für ehrenamtliche DGB-Kreisvorstandsmitglieder aus der Region zum Thema „Hartz IV und die Krise – Wird der Sozialstaat jetzt abgewickelt?“ in Schirgiswalde (bei Bautzen) mit Markus Schlimbach (Arbeitsmarktexperte DGB Sachsen)

DGB-Regionen Schleswig-Holstein

Schleswig- Holstein Ost

31.08.2009 (bis 12.09.), Kampagne Mindestlohn in 12 Städten

ab 31.08.2009, Veranstaltungen in den 5 Kreisverbänden und in Lübeck mit den Kandidatinnen/ Kandidaten zur Bundestagswahl/ Landtagswahl unter Verantwortung/ Leitung des DGB

DGB- Region KERN

Wahlaufruf des DGB zur Bundestagswahl auf Grundlage des DGB Eckpunktepapier.

21.-25.09.2009, Mindestlohntruck in der DGB Region KERN mit Veranstaltungen, Info- Ständen rund um die Bundestagswahl 2009, Federführung: DGB

10.09.2009, Podiumsveranstaltung des DGB Ortsverband Eckernförde mit allen Kandidatinnen und Kandidaten zur BT- Wahl aus dem Kreis Rendsburg- Eckernförde, Federführung: DGB

Start einer Arbeitsmarktinitiative unter Einbeziehung der Politik und Verbände für eine bessere Politik für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Region KERN, Federführung: DGB

14.09.2009, Podiumsdiskussion in Kiel mit den Kandidatinnen und Kandidaten aus dem Wahlkreis Kiel im Legienhof, Federführung: ver.di

21.09.2009, Podiumsdiskussion in Plön mit den dortigen Kandidatinnen und Kandidaten, Federführung: ver.di

10.09.2009, Podiumsdiskussion mit den Kandidatinnen und Kandidaten zur Bundestagswahl aus dem Kreis Neumünster, Federführung: ver.di

26.09.2009, Infostände aller Gewerkschaften und DGB in Neumünster, Federführung: DGB

Aktion „Betriebsräte schreiben an die Kandidatinnen und Kandidaten zur Bundestagswahl“, Federführung: IGM

DGB- Region Unterelbe

Sept. 2009, Veranstaltung mit den Kandidatinnen/ Kandidaten zur Bundestagswahl in Elmshorn

DGB- Hamburg

17.08.2009, „Zukunft des Sozialstaats- Sicherheit im Alter“ mit Bundesminister Olaf Scholz

01.09.2009, Veranstaltung der Frauen des DGB Nord in Kooperation mit Hamburg mit Arbeitsminister Olaf Scholz zur Benachteiligung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt

11.09.2009, „Migration gestalten“, Diskussionsveranstaltung mit den im Bundestag vertr. Parteien

Mitte September, Straßenaktion „Frauen wählt“ – Frauen formulieren ihre Wünsche an die Parteien auf Riesenfolie

16.09.2009, DGB Jugend/Diskussionsveranstaltung im Jugendclub Movimento mit den fünf im Bundestag vertretenen Parteien zu den Themen Ausbildung, Mindestlohn und Jugendarbeitsschutz

22.09.2009, Regionsdelegiertenversammlung

23.09.2009, „Die Lehre aus der Krise“- Bilanz und Forderung nach Konsequenzen von den Parteien mit Frank Teichmüller

September, Veranstaltungen mit je einem Parteivertreter der verschiedenen Parteien (noch in Planung)

DGB- Westmecklenburg

02.09.2009, Veranstaltung mit den Kandidatinnen/ Kandidaten zur Bundestagswahl Schwerin

12.09.2009, Aktionstag ver.di Mindestlohn Unterstützung durch den DGB

DGB Rostock/ Mittleres Mecklenburg

01.09.2009, Diskussionsrunde mit den Kandidatinnen/ Kandidaten zur Bundestagswahl in Bad Doberan

12.09.2009, Aktionstag ver.di Mindestlohn Unterstützung durch den DGB

25.09.2009, Diskussionsrunde mit den Kandidatinnen/ Kandidaten zur Bundestagswahl in Güstrow

DGB Vorpommern

September 2009, Veranstaltung mit den Kandidatinnen/ Kandidaten zur Bundestagswahl in Stralsund,
Thema: Finanz u. Wirtschaftskrise

DGB- Ost Mecklenburg

09.09.2009, Veranstaltung mit den Kandidatinnen/ Kandidaten zur Bundestagswahl in Torgelow

5. Veröffentlichungen

Publikationen

Gutachten von Hans-Joachim Voth 2007: Transparenz und Fairness auf einem einheitlichen europäischen Kapitalmarkt

http://www.kapitalismuskongress.dgb.de/materialien/dokumente/gutachten_voth_finanzmarktregulierung.pdf/

Dokumentation des Kapitalismuskongresses auf www.kapitalismuskongress.dgb.de, stick und DVD

Arbeitsmarkt aktuell – Krise trifft Jüngere und Ältere besonders stark

http://www.dgb.de/themen/themen_a_z/abisz_doks/a/arbeitsmarkt_aktuell_05_09.pdf/view?showdesc=1

Kurzarbeit und Weiterbildung – Tipps für die betriebliche Praxis

Der Ratgeber beschreibt die Regelungen zum Kurzarbeitergeld (Kug) nach neuem Recht (ab 1.2.2009). Hierdurch wird die Inanspruchnahme von Kug erleichtert. Außerdem werden die verschiedenen Möglichkeiten zur Förderung von Weiterbildung auch in Verbindung mit Kug erläutert.

http://www.dgb.de/2009/04/07_ratgeber_kurzarbeit/

Flyer Das Spiel ist aus – Ursachen und Wege aus der Krise (Erste Auflage 70.000, Zweite Auflage im Druck) http://dgb-muenchen.de/download/2009/2009-05_DGB_Flyer_das_Spiel_ist_aus.pdf

Flyer Investieren statt spekulieren (Erste Auflage 70.000)

Flyer Stoppt die Schuldenbremse! http://www.berlin-brandenburg.dgb.de/filemanager/download/2437/schuldenbremse_standpunkt.pdf

Positionen zu Bildung & Forschung: Unsere Forderungen zum Schutzschirm für Ausbildung. Hieraus wurden einige Punkte von der Politik aufgenommen, diskutiert und umgesetzt.

http://www.einblick.dgb.de/hintergrund/2009/08/Schutzschirm_fuer_Ausbildung.pdf/

In NRW wurde von der DGB-Jugend zusammen mit dem Westdeutschen Handwerkskammertag ein Beratungsflyer für den Fall von Insolvenz oder Kurzarbeit im Ausbildungsbetrieb herausgegeben. BIF und die Rechtsabteilung haben die DGB-Jugend mit beraten. http://www.handwerk-nrw.de/index.php?elD=tx_nawsecuredl&u=0&file=fileadmin/user_upload/hp_whkt/downloads/service/foerder-insolvenz-kurzarbeit-a6-rz_download.pdf&t=1250591641&hash=a850999300ac7ec60ba7f9219a97d47c

Artikel für die DGB-Homepage "Aus Finanzmarktkrise lernen, Verbraucherrechte durch umfassende Regulierung stärken!", 14.10.2008

http://www.dgb.de/2008/10/14_finanzmarkt_verbraucher/?showdesc=1

"Frauen in der Krise": eine vom Bereich Gleichstellungs- und Frauenpolitik des DGB erstellte Übersicht über die Situation erwerbstätiger Frauen in der aktuellen Krise. <http://www.dgb-frauen.de/themen/dokumente/frauen-und-krise-2009.pdf>

„klartext“

Klartext erscheint wöchentlich und befasst sich überwiegend mit der Krise. Der Klartext wird u. a. an alle DGB-Untergliederungen verschickt

http://www.dgb.de/themen/themen_a_z/abiszdb/abisz_search?kwd=klartext%20Infodienst&showsingle=1

klartext 04/2008	Wer bezahlt die Feuerwehr?	26.09.2008
klartext 06/2008	Alles eine Frage der Verteilung	15.10.2008
klartext 07/2008	Schutzschirm für Arbeit	30.10.2008
klartext 08/2008	Keine Zeit für Bescheidenheit	07.11.2008
klartext 09/2008	Den Exzessen ein Ende setzen!	13.11.2008
klartext 10/2008	Dunkle Wolken über dem Schwabenlände	20.11.2008
klartext 11/2008	Wer hat, dem wird gegeben!	27.11.2008
klartext 13/2008	Die Kosten den Nichtstuns	11.12.2008
klartext 02/2009	Bad Bank für schlechte Banker	20.01.2009
klartext 05/2009	Konjunkturprogramm Steuersenkung?	05.02.2009
klartext 06/2009	Finanzmärkte ohne Verbraucherschutz?	11.02.2009
klartext 07/2009	Selbstbedienung der Manager stoppen	19.02.2009
klartext 08/2009	Stoppt die Schuldenbremse	27.02.2009
klartext 09/2009	Dividendenverzicht jetzt!	06.03.2009
klartext 12/2009	Schmerzhaftes Anpassung	27.03.2009
klartext 13/2009	Als ob die Millionen vom Himmel fallen	02.04.2009
klartext 15/2009	Wo sind die Gewinne von gestern?	16.04.2009
klartext 16/2009	Spekulationen bremsen – Finanztransaktionen besteuern	23.04.2009
klartext 17/2009	Das Spiel mit dem Feuer	30.04.2009
klartext 18/2009	Wohin steuert die CDU?	08.05.2009
klartext 19/2009	Sinkende Leitzinsen = billige Kredite? Fehlanzeige!	20.05.2009
klartext 20/2009	Insolvenzflut erreicht Deutschland	28.05.2009
klartext 21/2009	Zerstörung ist nicht immer schöpferisch	04.06.2009
klartext 22/2009	Leiharbeit – Ein unmoralisches Angebot	11.06.2009
klartext 23/2009	Banken und ihre Investmentbanker – Eine erloschene Liebe flammt wieder auf	23.06.2009
klartext 24/2009	Deutschland -Ein Steuerparadies für Reiche	26.06.2009
klartext 25/2009	Starke Schultern müssen mehr tragen	03.07.2009
klartext 26/2009	Wenn Preise und Löhne fallen	09.07.2009
klartext 27/2009	Alles billig oder was?	23.07.2009
klartext 28/2009	Ratingagenturen und ihr lukratives Geschäft	01.08.2009
klartext 29/2009	Kreditklemme trotz billigen EZB-Geldes	20.08.2009
klartext 30/2009	Erst durchleuchtet, dann bewertet	27.08.2009
klartext 31/2009	Erst Steuergeschenke, dann Sozialabbau	04.09.2009
klartext 32/2009	Arbeit für Alle	11.09.2009
klartext 33/2009	Bildung für Alle gibt es nicht umsonst	18.09.2009

„standpunkt“

http://www.dgb.de/themen/themen_a_z/abiszdb/abisz_search?kwd=standpunkt%20-%20Infodienst&showsingel=1

Der Standpunkt erscheint unregelmäßig und vermittelt Hintergrundinformationen. Seit Oktober 2008 behandelt der Standpunkt fast ausschließlich Themen, die mit der Krise zusammenhängen. Der Standpunkt wird u. a. an alle DGB-Untergliederungen verschickt.

standpunkt 01/2008	Die Banken retten, nicht die Bankiers	09.10.2008
standpunkt 02/2008	Hilfe nur für Gegenleistung	15.10.2008
standpunkt 03/2008	Ein Schutzschirm für Arbeit	22.10.2008
standpunkt 04/2008	Deutschland braucht ein großes Konjunkturpaket	20.11.2008
standpunkt 05/2008	Das DGB-Konjunktur- und Wachstumsprogramm	18.12.2008
standpunkt 01/2009	Es gibt keine Alternative – Notleidende Banken müssen in öffentliches Eigentum überführt werden	27.03.2009
standpunkt 02/2009	Wenn die Preise purzeln	08.05.2009
standpunkt 03/2009	Leistung nur für Gegenleistung	28.05.2009
standpunkt 04/2009	Kommunen: Krise spitzt Krise zu	18.09.2009

Stellungnahmen

- DGB-Stellungnahme zum Entwurf eines Dreizehnten Gesetzes zur Änderung des Außenwirtschaftsgesetzes und der Außenwirtschaftsverordnung, 26.01.2009
- DGB-Stellungnahme im Rahmen der Konsultation der EU-Kommission zur Regulierung von Hedge-Fonds, 29.01.2009
- DGB-Stellungnahme zum Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU/CSU und der SPD, Entwurf eines Gesetzes zur Sicherung von Beschäftigung und Stabilität in Deutschland sowie zu den Gesetzentwürfen und Anträgen betreffend die Kfz-Steuer, 09.02.2009
- DGB-Stellungnahme zum Zahlungsdienstleistungsgesetz, 11.02.2009
- DGB-Stellungnahme zum Grünbuch der EU-Kommission über kollektive Rechtsdurchsetzungsverfahren für Verbraucher, 18.2.2009
- DGB-Stellungnahme zum Entwurf des Finanzmarktstabilisierungsergänzungsgesetzes (16/12100), 16.03.2009
- DGB-Stellungnahme zum Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Umsatzsteuergesetzes, 18.03.2009
- DGB-Stellungnahme zu den Anträgen zur Bekämpfung der Steuerhinterziehung (Drsn.: 16/9479, 16/9166, 16/11389, 16/9168, 16/9421, 16/11734, 16/9836), 25.03.2009
- DGB-Stellungnahme zum Entwurf eines Gesetzes zur verbesserten steuerlichen Berücksichtigung von Vorsorgeaufwendungen („Bürgerentlastungsgesetz Krankenversicherung“) 22.04.2009
- DGB-Stellungnahme zum Entwurf eines Gesetzes zur Bekämpfung der Steuerhinterziehung Drs. 16/12852 (Steuerhinterziehungsbekämpfungsgesetz), 25.05.2009
- DGB-Stellungnahme zum Gesetzentwurf zur Stärkung der Finanzmarkt- und Versicherungsaufsicht, 27.05.2009
- DGB-Stellungnahme zum Entwurf eines Gesetzes zur Fortentwicklung der Finanzmarktstabilisierung, 15.06.2009
- DGB-Stellungnahme zur Verbesserung der Aufsicht von Finanzinstitutionen in der EU (Bericht der Larosiére Gruppe), 08.07.2009
- DGB-Stellungnahme zum Verbraucher-/Anlegerschutz auf dem "Grauen Kapitalmarkt", 26.06.2009
- DGB-Stellungnahme zum Referentenentwurf einer Verordnung zur Umsetzung der durch das Steuerhinterziehungsbekämpfungsgesetz in § 51 Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe f des Einkommensteuergesetzes, § 33 Absatz 1 Nummer 2 Buchstabe e des Körperschaftsteuergesetzes und Artikel 97 § 22 des Einführungsgesetzes zur Abgabenordnung eingefügten Ermächtigungen, 16.07.2009
- DGB-Stellungnahme zum Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die Verwalter alternativer Investmentfonds und zur Änderung der Richtlinien 2004/39/EG und 2009/.../EG, 10.08.09
- DGB-Stellungnahme zur Änderung des Bundesdatenschutzgesetzes, 29.10.2008

6. Anlagen

- Glossar zur Finanzmarktkrise
- Referentinnen und Referentenliste für Veranstaltungen zum Thema Wirtschafts- und Finanzkrise
- Chronik der Krise
- Powerpoint-Präsentation „Anatomie einer Krise“
(wird stets aktualisiert vom DGB-Bereich WIS)

Die Anlagen sind abrufbar unter folgendem Link:

<http://www.dgb.de/uebersicht/Wirtschaft/finanzkrise/index.html?-C=>



